









Das

Kurfürstenthum Hannover

unter zehnjähriger Fremdherrschaft

1803 bis 1813.

Von

Dr. Wilhelm Havemann.

Inhalt.

Die Capitulation von Kreflenburg. Die Executiv-Commission.
Die preussische Occupation.
Westphalen und das Kaiserreich.

Jena,

Druck und Verlag von Fr. Frommann.

1867.

24092 . e. 13

Das
Kurfürstenthum Hannover

unter zehnjähriger Fremdherrschaft

1803 bis 1813.

Von

Dr. Wilhelm Havemann.

J e n a ,

Druck und Verlag von Fr. Frommann.

1867.

„Es giebt kein köstlicher Ding denn die Treue und mag man sie wohl des Herzens
Schirmerin und des Himmels Pfortnerin heißen.“

Luther.



Die Capitulation von Artlenburg.

Während des flandrischen Feldzuges hatten die kurhannoverschen Regimenter den guten Ruf bewährt, welchen sie im siebenjährigen Kriege erstritten. Ihnen gebührte zum nicht geringen Theil die Entscheidung des blutigen Tages bei Famars, bei Hondshooten hatten sie ruhmvoll einem vielfach überlegenen Feinde die Spitze geboten und, wenn auch nicht das Schlachtfeld, doch die Ehre behauptet, und auf die Waffenthaten in und vor Menin durfte jeder Soldat, der in Hammerstein und Scharnhorst seine todesmuthigen Führer erkannte, mit Stolz zurückschauen.

Als hiernach Preußen durch einen Sonderfrieden aus dem Kampfe zurücktrat, mußte sich der innerhalb der Demarcationslinie gelegene Kurstaat der einseitig getroffenen Übereinkunft von Basel fügen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß ein den dortigen Verhandlungen eingeschobener geheimer Artikel, demzufolge Friedrich Wilhelm II sich zur Besetzung des Nachbarstaates verpflichtete, falls derselbe die eigenmächtig für ihn gestellten Bedingungen verwerfe, schon damals zur Kenntniß des kurfürstlichen Ministeriums gelangte; aber die geographische Lage des Landes und die politischen Zustände Deutschlands erlaubten es nicht, sich dem an ihn gestellten Ansinnen zu entziehen. Demgemäß wurden die hannoverschen Regimenter zur Besetzung der Demarcationslinie verwendet und standen, ohne Zusammenhang unter einander, an entlegenen Grenzen unter dem Oberbefehl Preußens.

Durch den Frieden von Basel wurde das freundliche Verhältniß, in welchem Preußen bis dahin zu England gestanden, gelockert und es konnte sonach nicht fehlen, daß der preussische Schuß, welchem Hannover unterstellt war, zu Fragen und Erörterungen Veranlassung gab, für welche eine erquickliche Lösung um so schwerer fiel, als die Staatslenker in Berlin nicht ungern auf die an sie ergangene Aufforderung Frankreichs hindeuteten, die deutschen Lande Georgs III zu besetzen. Die

solchergestalt aufsteigenden Besorgnisse steigerten sich mit dem Beitritt Friedrich Wilhelms III zu der gegen England gerichteten bewaffneten Neutralität dergestalt, daß das kurfürstliche Ministerium das Gutachten des Feldmarschalls Wallmoden einholen ließ, ob und wie weit die Kräfte des Heeres ausreichend seien, um einer beabsichtigten Invasion mit der Aussicht auf Erfolg entgegen zu treten.

Der hierauf ertheilte Bescheid konnte kein unerwarteter sein. Die Regimenter waren durch Beurlaubungen geschwächt und ein rechtzeitiges Zusammenziehen der vereinigten, auf ein weites Grenzgebiet vertheilten, Brigaden war nicht zu bewerkstelligen. Das Land stand widerstandslos einem mächtigen Nachbar gegenüber, der es durch die Verheißungen seines Schutzbündnisses gelähmt hatte.

Am 2. April 1801 traf in Hannover die Erklärung ein, daß Preußen entschlossen sei, die Mündungen der Weser, Elbe und Ems dem Verkehre Englands zu verschließen und sich deshalb gezwungen sehe, die Kurlande zu besetzen, den amtlichen Verkehr der höchsten Staatsbehörde mit dem Landesherrn zu untersagen und die unverzügliche Öffnung der Feste Hameln zu begehren. Ein Heer von 24.000 Mann, dessen Verpflegung übernommen werden mußte, vollzog ohne Schwierigkeit die Besetzung.

In Stadt und Land gingen die Ansichten über dieses unerwartete Ereigniß weit auseinander. Denn während Manche sich der Befürchtung nicht erwehren konnten, daß das Verfahren Preußens auf dem Verlangen beruhe, eine reichliche Entschädigung für die abgetretenen Landschaften am linken Rheinufer zu gewinnen, machte sich bei der Mehrzahl die Ansicht geltend, daß die Besetzung im geheimen Einverständnisse mit Georg III und lediglich zu dem Zwecke erfolgt sei, um einer Überziehung des Kurfürstenthums von Seiten Frankreichs vorzubeugen. Es war ein kümmerlicher Trostgrund, an welchem man sich aufrichtete, bis spätere Ereignisse die völlige Grundlosigkeit desselben aufdeckten.

Mit der Thronbesteigung Alexanders I und der freundlichen Haltung, welche Rußland zunächst gegen England einnahm, fiel der Bund für die bewaffnete Neutralität in sich zusammen. Gleichwohl entschloß sich Preußen nur zögernd und erst als der Abschluß des Friedens zwischen Frankreich und England hart bevorstand, zur Rückberufung seines Heeres. Die Kosten, welche eine Occupation von fast acht Monaten dem Kurfürstenthum verursacht hatte, werden auf täglich 6000 Thlr. veranschlagt. Es war das Vorspiel harter Prüfungen, des vollen, rücksichtslosen Druckes einer Gewaltherrschaft, die sich für lange Jahre auf das in seinen heiligsten Interessen verletzte Volk legen sollte. Durch

alle Gemüther zog die Ahnung vom Nahen unheilsschwerer Zeiten. Und nirgends Aussicht auf eine starke, rettende Hand. Das deutsche Reich war durch Alter gelockert, in seiner Einheit durch träge Sorglosigkeit von der einen und durch Habgier und Treulosigkeit von der anderen Seite gebrochen, Englands Politik hatte sich von den Interessen der deutschen Lande seines Königs von jeher geschieden, und wie die freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen erloschen, das Vertrauen auf einen Nachbar, dem man in mancher heißen Schlacht zur Seite gestanden, erschüttert war, so sah man sich jetzt von demselben mehr als je umklammert, seit die Stifter Hildesheim und Paderborn und das mainzische Eichsfeld der Monarchie der Hohenzollern einverleibt waren.

Es waren doch nur Wenige, die in dem Frieden von Amiens mehr als einen Waffenstillstand erblickten. Die von England eingeräumten Bedingungen reichten nicht aus, um den kriegerischen Aufschwung Frankreichs auf jenes Maß zurückzuführen, das die Ruhe Europas hätte verbürgen können.

Die Republik sonnte sich im Glanze erfochtener Siege, ohne dadurch Befriedigung gefunden zu haben. Die Parteien, welche bis dahin um die Regierungsformen mit einander gehadert hatten, waren gewonnen oder niedergeworfen, die Verwaltung einer festen Ordnung entgegengeführt, der ganze Staat durch neue Schöpfungen belebt. Das Volk schaarte sich freudig um den ersten Consul, in dessen Hände alle Fäden der Gewalt zusammenliefen; ihm gehörte das mit seinem Geiste genährte Heer und dienten die scheinbar zur Wahrung der Verfassungsrechte eingesetzten Behörden. Der Sieg wollte weiter getragen werden, das einst von der monarchischen Coalition umstellte Frankreich trat den Vertretern des erblichen Königthums geharnischt entgegen und wie zunächst nur England in ungeschwächter Kraft zur Wiederaufnahme des Krieges bereit war, so konnten sich den Besorgnissen vor der Gefahr, mit welcher ein erneutes Zusammenstoßen beider Mächte Hannover bedrohte, auch weniger ängstliche Naturen nicht mehr verschließen. Ein unmittelbarer Angriff auf das Inselreich war mit Schwierigkeiten verknüpft, deren Gewicht Frankreich nie verkannt hatte; aber Letzteres konnte durch möglichste Sperrung des festländischen Handels Englands die Lebensadern des Gegners unterbinden, durch Überziehung Hannovers einen Druck auf Georg III. ausüben und aus dessen Liebe zu seinen Kurlanden erwünschte Zugeständnisse erzwingen.

Das eben war es was man befürchtete. Aber um durch rechtzeitige Verträge mit fremden Mächten die Gefahr von sich abzulenken, oder unter Umständen ihr mit einem Nachdruck zu begegnen, der die Ehre des Landes ungekränkt gelassen hätte, wäre eine einheitliche, mit um-

fassender Vollmacht ausgerüstete Regierung erforderlich gewesen, die muthig und ohne kleinliches Bedenken den Forderungen der Stunde entsprochen hätte. Statt dessen war das Ministerium ein doppelgliedriges, in seiner Amtsgewalt scharf begrenzt, auf Berichte nach London und auf das Einholen von langsam eintreffenden Befehlen verwiesen. Mochte dann auch seinem freien Ermessen mitunter ein größeres Gebiet eingeräumt werden, so steigerte sich eben dadurch seine Verantwortlichkeit und an die Stelle raschen und durchgreifenden Handelns trat ein behutsames, durch Rücksichten der verschiedensten Art bedingtes, Abwägen und Ermessen.

Die Bemühungen des in der Umgebung des Königs weilenden Ministers von Lenthe, in Preußen und Rußland das Interesse für die Beschirmung der neutralen Staaten des nördlichen Deutschlands zu wecken, hatten keinen Erfolg gehabt. Die hannoverschen Regimenter waren durch Beurlaubungen geschwächt, die nach beendigter Capitulation ausgeschiedene Mannschaft durch keine neuen Werbungen ersetzt, die nothwendige Ergänzung der Armatur und des Armeebedarfs in gleichem Grade verabsäumt, wie die Sorge für die Festungswerke Hameln's. Man steifte sich in Hannover auf die Neutralität, welche Frankreich den Ländern innerhalb der Demarcationslinie zugestanden hatte, auf die Standschaft des Reichs, auf die durch die politische Richtung Englands nicht bedingte Lage des Kurfürstenthums. Die Erörterung, daß die Duldung des Feindes im Nachbarlande für Preußen eben so demüthigend als gefährlich sei und deshalb nicht vorausgesetzt werden könne, zeugte wenigstens nicht von gründlicher Kenntniß der wechselnden politischen Stimmungen in Berlin. Andererseits stand die Ansicht nicht vereinzelt, daß eine Besetzung von Seiten Frankreichs geringere Nachtheile im Gefolge habe, als von Seiten Preußens, weil ersteres bei jeder Friedensverhandlung das fern gelegene Land unschwer wieder räumen werde, für letzteres dagegen die Behauptung des einmal Gewonnenen von unverkennbarer Wichtigkeit sei.

Erwägungen der Art, die für eine tiefere Auffassung der maßgebenden Verhältnisse kein sonderliches Zeugniß ablegten, mußten in dem Augenblick zurücktreten, als die Anzeichen von nahem Ausbruche des Sturmes sich mehrten. Die Aussichten auf eine Verständigung Englands mit Frankreich verminderten sich mit jedem Tage; Napoleon fühlte sich nicht gedrungen, seine Absichten in Bezug auf die deutschen Erblande Georgs III zu verschleiern, und die Bestimmung der Heere, welche bei Nimmwegen unter Mortier, im Clevischen unter Monnet zusammengezogen wurden, unterlag keiner mehrfachen Deutung. Der Minister von Lenthe verwies auf die Nothwendigkeit, die gesonderten Wehr-

kräfte zu concentriren und möglichst schlagfertig zu halten, fügte aber zugleich hinzu, daß man unter den obwaltenden Verhältnissen keine speciellen Verhaltäbesehle von London erwarten dürfe, sondern nach Befinden der Umstände die erforderlichen Maßregeln für die Sicherheit des Landes zu ergreifen habe.

Daß diesen Anweisungen nicht auf die gewünschte Weise entsprochen wurde, hatte seinen Grund weniger in der Persönlichkeit des Feldmarschalls von Wallmoden, als in der umständlichen Bedachtsamkeit und dem schwanken, unentschlossenen Verfahren der Behörden, von denen er abhängig war. Den thatkräftigen und bewährten Mann hemmten die Bedenlichkeiten der auf Ersparnisse bedachten Kriegskanzlei, die auseinander gehenden Ansichten eines Ministeriums, welches sich von der einen Seite der Aufgabe nicht verschloß, für die Wehrbereitschaft des Landes zu sorgen, von der andern Seite aber durch offenkundige Rüfungen den Schein der Herausforderung zu vermeiden wünschte.

Man begnügte sich — das unselige Verfahren unter ähnlichen Verhältnissen — mit halben Maßregeln: kärgliche Bervollständigung der langsam ihre Garnisonen verlassenden Regimenter, mäßiger Ankauf von Pferden, theilweise Besserung der verfallenen Werke Hameln. Das trieb Wallmoden zu der in soldatischer Geradheit abgefaßten Erklärung an das Ministerium, daß man entweder mannhaft und rücksichtslos die Vorkehrungen zum Kriege betreiben und das Heer bis auf 30,000 Mann vermehren, oder aber der Ankunft des Feindes ohne Absicht auf Widerstand entgegen sehen müsse. Diese Worte verfehlten ihre Wirkung um so weniger, als von allen Seiten die Bestätigung der Nachricht einlief, daß der Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England fründlich zu erwarten stehe. Der muthigen Stimmung in dem kleinen Heere durfte man trotz einer achtjährigen Friedenszeit gewiß sein, während die Unmöglichkeit, das Versäumte im Sturmloaf einzuholen, die Organisation im Großen und Kleinen in einer mehr als knapp zugemessenen Frist durchzuführen, nicht bloß dem Mann von Fach vor Augen lag. „Ich hoffe,“ schrieb damals ein hanoverscher Officier, ein würdiger Vertreter des besseren Geistes im Heer und Volke, „ich hoffe, wir wissen was wir wollen; aber wollte Gott, wir hätten früher gewußt und gewollt¹⁾.“

1) Den Aufzeichnungen des Generallieutenants von Hammerstein, der Bertheidigungsschrift Wallmodens und der actenmäßigen Darstellung Lenthes zur Seite bietet der Briefwechsel des auf dem Felde bei Waterloo gefallenen Obersten von Ompeda eine gehaltreiche Quelle für die Ereignisse dieser Zeit. Der straffe, männliche Geist des Mannes, welcher Zustände und Persönlichkeiten scharfen Blicks durchschaute, nie entnuthigt, in Haß und Liebe gesund und nicht minder vom Gefühl soldatischer

In einem am 16. Mai 1803 zu Hannover veröffentlichten Manifeste erklärte Georg III., daß er als Kurfürst und Stand des Reichs die Neutralität gewissenhaft innehalten werde und demgemäß hoffen dürfe, daß seine deutschen Lande vom Kriege verschont bleiben würden; da aber gleichwohl die Anhäufungen von Heeren im Westen die Anwendung kräftiger Vorsichtsmaßregeln erheische, so fordere er die Unterthanen auf, im Fall der Noth die alte Anhänglichkeit zu erhärten und sich um den Herzog von Cambridge zum Widerstand entschlossen zu schaaren. Gleichzeitig wurde ein allgemeines Aufgebot erlassen, welches die männliche Bevölkerung vom 16.—50. Lebensjahre zur Vertheidigung des Landes aufrief. Bei einer Volkszahl von mehr als einer Million Menschen glaubte man auf 200,000 streitbare Männer rechnen zu können. Damals hätte es nur eines Mannes bedurft, der für das ehrliche Wollen von Tausenden den Mittelpunkt abgegeben und auf ein Volk gestützt, das an ihn glaubte, der zögernden Berathung die That entriß hätte. Aber der Held von Menin war Greis und Scharnhorst hatte seine Stellung als Generalquartiermeister schon 1801 mit dem preussischen Dienste vertauscht. So fehlte dem Volke Vertrauen auf seine Lenker; dieselben Männer, welche sich zehn Jahre später ungerufen um das Banner ihres Königs drängten, fühlten sich damals — sie kannten den Drang und Zwang der Fremdherrschaft noch nicht — zu plötzlich aus ihrer Ruhe aufgerüttelt, und wie sich in Städten und auf dem flachen Lande derselbe Unmuth über das erlassene Gebot kundgab, glaubte das Ministerium schon nach Verlauf von acht Tagen die Verordnung zurücknehmen zu müssen.

Durfte man etwa auf die Anrufung von Kaiser und Reich, auf die spät und ungerne erbetene Vermittelung Preußens, endlich auf den Widerstand von wenigen in der Eile zusammengezogenen Regimentern noch Hoffnungen bauen? Ein Protest stand von dem der Auflösung verfallenen Reichstage in Regensburg nicht zu erwarten und würde, wenn man sich zu demselben hätte aufraffen können, gleich der Stimme des Sterbenden verhallt sein. Der Bemerkung des nach Berlin gesandten Majors von der Decken, daß Preußen durch eine in seiner unmittelbaren Nähe aufgestellte französische Armee in die bedenklichste Lage gerathe, begegnete Graf Haugwitz mit der stolzen Antwort, daß ein König von Preußen vermöge seiner Vertheidigungsmittel und Staatskräfte keine Besorgnisse vor Frankreich zu hegen brauche. Auf Abwehr des Feindes konnte das Land sonach nicht mehr rechnen, wohl aber

Ehre als der Pflichten seines Standes durchdringen, läßt die Bilder der Ohnmacht und des Kleinmuths, der Selbstsucht und der Kurzsichtigkeit, an denen diese Zeit einen unerfreulichen Reichthum aufzuweisen hat, leichter verschmerzen.

auf ein mit dem Blut seiner Söhne besiegeltes ehrenvolles Unterliegen. Auch dieser Trost sollte ihm nicht zu Theil werden. Das zum selbständigen Handeln gedrängte Ministerium zitterte vor der ihm aufgebürdeten Verantwortlichkeit und glaubte, der Waffenentscheidung durch eine Deputation vorbeugen zu müssen, welche auf dem Wege der Verhandlung billige Zugeständnisse vom Gegner erwirke. Man überfah, daß es sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr um Dingen und Vorschlägen, sondern lediglich um demüthige Entgegennahme von Befehlen handle.

An dem nämlichen Tage (16. Mai 1803), an welchem das allgemeine Aufgebot zu Hannover erlassen wurde, war die Kriegserklärung zwischen Frankreich und England erfolgt und gleichzeitig das französische Heer unter dem nachmaligen Marschall und Herzog von Treviso, Eduard Mortier, aus seinen Standquartieren aufgebrochen.

Mit jener Schnelligkeit, welche damals alle Bewegungen der republicanischen Anführer auszeichnete, nach dem Osten vordringend hatte Mortier, fortwährend durch Zuzüge verstärkt, die Straße über Riegen nach Osnabrück eingeschlagen und befand sich bereits unsern Beckte, als die Deputation bei ihm eintraf, die Zahlung einer Contribution und die Aufnahme einer bescheidenen Besatzung in Vorschlag brachte und dagegen Waffenstillstand und das Fortbestehen der kurfürstlichen Regierung in Anspruch nahm. Die Antwort Mortiers lautete, wie zu erwarten stand, ablehnend; er verwarf den erbetenen Stillstand, verlangte die Kriegsgefangenschaft der hannoverschen Regimenter und setzte, während die Deputirten zur Berichterstattung nach Hannover zurückkehrten, rastlos seinen Marsch fort. Als die Deputation, jetzt mit den umfassendsten Vollmachten versehen, sich zum zweiten Male zum Obergeneral begab, fand sie denselben bereits am rechten Ufer der Weser. — Es war am 3. Juni 1803 als die Bevollmächtigten in Suhlingen eine Convention mit Mortier abschlossen, der zufolge das Kurfürstenthum besetzt werden, das kleine hannoversche Heer mit Waffen, Fahnen und Regimentsstücken sich innerhalb zehn Tagen ins Lauenburgische verfügen und für die Dauer des Krieges sich an keinem Kampfe gegen Frankreich zu betheiligen geloben sollte; die Besitznahme aller groben Geschütze und Waffenvorräthe, der öffentlichen Cassen und des Privateigenthums des Landesherren wurde zugleich mit der Befugniß, die bestehende Regierung einer beliebigen Umgestaltung zu unterziehen, die Einkünfte des Staats in Verwaltung zu nehmen und die für erforderlich erachteten Contributionen auszusprechen, dem französischen General zugebilligt, mit dem Zusatze, daß die Beschaffung von Pferden, Sold und Bekleidung für das einziehende Heer dem Lande

nicht erlassen werden könne. Als schließliche Bedingung wurde die damals nicht veröffentlichte Clausel angehängt, daß die Genehmigung der Convention vom ersten Consul eingeholt werden müsse. Auf die frühere Forderung der Kriegsgefangenschaft leistete Mortier Verzicht, weil er aus kleinen Reitergefechten mit Recht schließen zu dürfen glaubte, daß sich die Gegner seinem Verlangen nicht ohne vorangegangenen Kampf fügen würden.

So wurde das Land dem Feinde gebunden ausgeliefert, eine nicht erjagte, sondern entgegengetragene Beute. Es hatten Zagheit und Kurzsichtigkeit mit einander zu Rath gehen müssen, um für den Tag zu Suhlingen die Vorkehrungen zu treffen. Damals hatte Wallmoden über kaum 8000 Mann zu verfügen; gleichwohl hielt von muthigem Dreinschlagen ihn und die Männer nur der Befehl der oberen Behörde zurück; jetzt sollte der soldatische Gehorsam auf die härteste Probe gestellt werden, als es galt, unverfehrt und die Waffen zur Hand, vor dem auf den Fersen folgenden Feinde den Rückzug nach der äußersten Grenzlandschaft anzutreten. Wallmoden löste die ihm vorgeschriebene Aufgabe mit der Sicherheit des gewissenhaften Mannes, dämpfte die Ausbrüche des Jorns seiner Soldaten, barg die in ihm wogende Erbitterung und stand an dem ausbedungenen Tage (13. Juni) mit seiner kleinen Schaar jenseits der Elbe.

Mortier, der schon in Nimwegen geäußert hatte, daß er den Geburtstag Georgs III in Hannover feiern werde, besetzte am vierten Juni die kurfürstliche Residenz und stieg im Palais des Herzogs von Cambridge ab, während sein Chef des Generalstabes, Berthier, im Schloß und der zum Commandanten bestellte General Schinner im Wallmodenschen Hause seine Wohnung nahm ¹⁾. In Michaud, der als commissaire ordonnateur dem Heere folgte, glaubte man das Haupt einer neu einzusetzenden Verwaltung zu erkennen. — Bereits am 30. Mai hatte das Ministerium veröffentlicht, daß es nach Lauenburg übersiedeln, aus seiner Mitte zur Zeit nur von der Decken zurückbleiben und der Präsident des Oberappellationsgerichts in Celle einstweilen das Departement der Justiz versehen werde. Der aus Staatsgeldern und Kostbarkeiten jeder Art bestehende Schatz war nebst der eine halbe Million Thaler enthaltenden Depositenkasse nach Schwerin ²⁾ gebracht.

1) Am 27. Juni fand im Schlosse die Vermählung des Generals Berthier statt. Die alte Residenz zu Herrenhausen wurde während der ersten Zeit der Occupation nicht angetastet, die dortigen kurfürstlichen Effecten blieben unangefochten.

2) Der Herzog von Mecklenburg war weit entfernt, in die von Frankreich begehrte Auslieferung des Schatzes zu willigen; der letztere wurde später in Rostock nach Petersburg eingeschifft und von hier durch eine englische Fregatte nach London

Unmittelbar nach dem Einzuge der Franzosen in Hannover wurden alle öffentlichen Cassen mit Beschlagnahme belegt¹⁾, das Zeughaus geleert, das gehäufte Material der kurfürstlichen Armee in Besitz genommen. Die Beute ergab 15,000 neue Gewehre, 5000 Paar Pistolen, 60 bespannte Heerwagen, 100 Stück Geschütze, treffliche Pontons und steigerte sich mit der erfolgten Besiznahme von Nienburg, Hameln und Harburg auf 40,000 Gewehre und mehr als 500 Geschütze. „Es brauche,“ berichtete Mortier nach Paris, „die französische Armee in Hannover aus der Heimat nichts zu empfangen denn allein die Befehle des ersten Consuls.“ Den Durchbrüchen des Grolls in der Hauptstadt wehrte die übergroße Anzahl der Sieger; auf dem flachen Lande dagegen, bei einer kräftigen, gefunden und mit hingebender Liebe an dem altfürstlichen Hause hangenden Bevölkerung, gaben sich verschiedentlich die heftigsten Bewegungen kund. So namentlich im Amte Springe, wohin Mortier ein starkes Commando zur Dämpfung des Aufstandes abzuschicken für erforderlich erachtete.

Erst in Lauenburg gewann Wallmoden Kenntniß, daß die Vollziehung der Convention von Suhlingen von der Genehmigung des ersten Consuls abhängig gemacht sei. Einer Mittheilung an Lord Hawkesbury hatte Talleyrand²⁾ die Abschrift der Convention beigegeben, mit der Bemerkung, daß Napoleon, der die Anerkennung derselben von der vorangegangenen Ratification Georgs III abhängig mache, die Absicht hege, die capitulirten Hannoveraner demnächst gegen gefangene französische Soldaten und Matrosen auszuwechseln, auf den Fall aber, daß England die Ratification verwerfe, sich genöthigt sehe, die Kurlande nach der ganzen Strenge des Krieges und als ein bedingungslos erobertes Land zu behandeln. Der König, erwiderte Lord Hawkesbury³⁾, habe seine Eigenschaft als Kurfürst von Hannover allezeit als eine von seinem Charakter als Beherrscher Englands durchaus gesonderte betrachtet. Dieser Ansicht habe sich factisch auch Frankreich nicht verschlossen, indem es im Tractat von Basel, und zwar zu einer Zeit, als es mit England im Kriege begriffen, die Neutralität Hannover anerkannt habe; demselben Grundsatz sei überdies in den Verhandlungen zu Luneville die Bestätigung zu Theil geworden und müsse der König in seiner Eigenschaft als Kurfürst unter diesen Umständen an

geführt, die Depositencasse dagegen im Herbst des nämlichen Jahres wieder nach Hannover geschafft.

1) Selbst die Wittwencasse blieb nicht verschont, wurde jedoch unlanges darauf durch Mortier wieder frei gegeben.

2) Paris, 10. Juni.

3) London, 25. Juni.

die Garanten der deutschen Reichsverfassung appelliren. In Folge dieser Erklärung verwarf der erste Consul die Convention von Suhlingen und Mortier, der Tags zuvor in Begleitung der Generale Berthier, Rapp, Mansouty und Dessaix in Lüneburg eingetroffen war, erließ von dort (30. Juni) die Meldung an Wallmoden, daß er, da durch die Verweigerung der Ratification von Seiten Seiner brittischen Majestät die Convention hinfällig geworden sei, den Chef seines Generalstabes zur Mittheilung von Vorschlägen nach Lauenburg sende und innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden einem unzweideutigen Bescheide entgegenstehe. Die Forderungen, welche Berthier am nämlichen Tage an Wallmoden überbrachte, lauteten dahin, daß sich die Regimenter in die Kriegsgefangenschaft fügen und der gemeine Soldat nach Frankreich abgeführt werde. Es sei, erwiderte Wallmoden, als Ergebnis eines in Gützow gehaltenen Kriegs Rathes, das ihm untergebene und durch die Convention von Suhlingen nicht mehr gebundene Heer entschlossen, einem Eingehen auf solche Forderungen den äußersten Kampf vorzuziehen. In gleichem Sinne sprach sich der bei Mortier eintreffende Oberst von Bock aus. Der Vorschlag, äußerte er, daß die hannoversche Armee die Waffen strecke und Kriegsgefangen nach Frankreich geführt werde, sei so demüthigend, daß man einen ehrlichen Tod mit den Waffen in der Hand vorziehe; einer Androhung der Art sei man nach gewissenhafter Erfüllung der auferlegten Bedingungen am wenigsten gewärtig gewesen; es habe das Heer durch die Capitulation von Suhlingen der Opfer genug gebracht, so daß es endlich an der Zeit sei, etwas für die eigene Ehre zu thun; eine freundliche Ausgleichung stehe nur dann zu erreichen, wenn man die Armee auf Urlaub entlasse und etwa 6000 Mann derselben das fernere Verbleiben in Lauenburg gestatte¹⁾. Diesen Vorschlag lehnte indessen der Obergeneral ab; er begab sich nach Artlenburg, ließ alle erforderlichen Vorkehrungen treffen, um mit 18000 Mann das rechte Elbufer zu gewinnen, und bestimmte die Nacht auf den fünften Juli als die Zeit des Angriffs.

Für die Vertheidigung des Lauenburgischen waren die localen Verhältnisse nicht ungünstig. Steil abschüssige Ufer erschwerten dem Gegner den Uebergang über den Elbstrom, während im Westen und Osten das neutrale Gebiet von Hamburg, Dänemark und Mecklenburg Schutz verhieß und außerdem der Lauf der Stecknitz und Vilsse an der am meisten bedrohten Seite die Abwehr des Feindes erleichterte. Mochte nun auch durch diese Vortheile der geringe Bestand der Streitkräfte von Wallmoden zum Theil aufgewogen werden, so kam andererseits in Be-

1) Mortier an den ersten Consul, d. d. Lüneburg 6. Juli 1803.

tracht, daß man den schweren Geschützen der Franzosen nur leichte Regimentsstücke entgegen zu setzen hatte und daß die Aufgabe, mit etwa 7000 Mann zu Fuß und 2000 Veritlenen das Stromufer in der Ausdehnung von vier Meilen zu decken, eine überaus schwierige war.

Unter diesen Umständen erschienen der Landschaftsdirector von Lente und der General von Wangenheim als Abgeordnete der lüneburgischen und calenbergischen Landschaft im lauenburger Lager, stellten Wallmoden vor, daß nur durch ein von Seiten des Heeres dargebrachtes Opfer dem gänzlichen Verderben des Landes vorgebeugt werden könne, bemerkten, daß Mortier auf die Abführung der Mannschaft nach Frankreich zu verzichten bereit sei, und schlossen mit der Erklärung, daß nur auf den Fall des Eingehens auf die französische Forderung die Landschaft sich der Sorge für den Unterhalt des Heeres unterziehen werde. Die Vorstellungen der Deputirten hatten keinen Erfolg und in einem abermals abgehaltenen Kriegsrathe einigte man sich zum Verharren bei dem früher gefaßten Beschlusse.

Das Kommen und Gehen der Abgesandten Mortiers und mehr noch die bekannt gewordene Mahnung der beiden landschaftlichen Abgeordneten gaben Veranlassung zu einer Verstimmung im Heere, die sich in unwilligen Äußerungen über das bedächtige und der gewünschten Energie ermangelnde Verfahren Wallmodens aussprach. Heißblütige Männer, die, wo es der Behauptung soldatischer Ehre galt, jede Berechnung der Streitmacht des Feindes für überflüssig erachteten, fühlten sich zum persönlichen Vorgehen getrieben, bevor der Oberbefehlshaber das Heer schmachvollen Bedingungen unterziehe. In der Stunde der Nacht begab sich der Obristleutenant Victor von Alten zu Hammerstein und eröffnete ihm im Namen sämmtlicher Cavallerieofficiere den Vorschlag, mit den Reitern über die Elbe zu gehen, durch kein Gepäck beschwert, nur mit den nothdürftigen Rationen von Brot und Hafer versehen, bis zur Weser vorzudringen „und von hier aus nach Befinden der Umstände das Land rechts und links rein zu kehren“. Das war ein Antrag, der den persönlichen Wünschen des greisen Generals wohl zusagte, aber dem Pflichtgefühl des Soldaten widersprach, weil er das Band strengen Gehorsams zerriß. Wohlmeinend und indem er auf das Dienstwidrige des Vorhabens hinwies, lehnte er den Antrag ab. So blieb die Mißstimmung nicht bloß, sie steigerte sich mit jeder Stunde und Wallmoden, dem es nicht fremd geblieben war, daß seine Untergebenen den Oberbefehl auf Hammerstein übertragen zu sehen wünschten, konnte sich der Besorgniß nicht entschlagen, daß der Feind die im Lager herrschende Bewegung benutzen werde, um den Übergang über den Strom zu bewerkstelligen. Schon gab sich bei einzelnen Regimen-

tern Widerseßlichkeit kund, als Ballmoden nochmals den Kriegsrath berief und hier der Beschluß gefaßt wurde, unter möglichst vortheilhaften Bedingungen unzerzüglich einen Vertrag mit dem Feinde einzugehen.

Am 5. Juli 1803 wurde auf einem Kahn im Strom der Elbe die sogenannte Capitulation von Artlenburg abgeschlossen. Den Artileken derselben gemäß sollte die Mannschaft sämmtlicher Regimenter mit einjährigem Urlaub in ihre Heimat entlassen werden, aber zum Dienste verpflichtet bleiben und deshalb nach geschehener Aufforderung sich wieder unter die Fahne stellen; den Unterofficieren und verheiratheten Gemeinen sollte die hannoversche Pension zu Theil werden; den Officieren wurde kein bestimmter Standort vorgeschrieben, sie erhielten die Zusage des Halbsoldes und verblieben im Besiß von Waffen, Pferden und Gepäc. Handwaffen, Pferde und Geschütze der Regimenter wurden dem Sieger zu Theil. „Wir gewinnen,“ berichtete Mortier nach Paris, „einige Tausend treffliche Pferde und der in die Heimat zurückkehrende und dem Ackerbau sich zuwendende Soldat kann keine Besorgniß erwecken.“ Der erste Consul genehmigte die Capitulation und gab Mortier seine Billigung zu erkennen, daß er ein fruchtloses Blutvergießen vermieden habe. „Ich kann nicht genug,“ schrieb Lestere an den Kriegsminister ¹⁾, „die Ordnung und Redlichkeit rühmen, wodurch sich die hannoversche Armee ausgezeichnet hat; 300 der schönsten Pferde ihrer Cavallerie sind für die Consulargarde ausgesucht und die im siebenjährigen Kriege verlorenen Geschütze befinden sich auf dem Rückwege nach Frankreich.“ Der feine Tact für soldatisehe Ehre, welcher von jeher dem Franzosen inne wohnte, gab sich auch bei dieser Gelegenheit zu erkennen. Dieselben Regimenter, welche in Lauenburg die Waffen vor ihm streckten, hatte Mortier im flandrischen Feldzuge achten und kennen gelernt, und derselbe todesmuthige Geist, der einst zum Ausfall von Menin getrieben, hatte aus den Erklärungen des Obersten von Bod zu ihm gesprochen. Solche Gegner, auch wenn sie die Fahne gesenkt, wußte der Obergeneral zu ehren, indem er in einem Armeebefehl (7. Juli) die Tapferkeit der Hannoveraner hervorhob und ihren Officieren dieselben Honneurs wie den französischen zu erzeigen gebot. Auch später noch wurden bei Bestattungen hannoverscher Officiere die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen von den Franzosen nie verabsäumt.

Bei einer jeden plötzlichen Umgestaltung des öffentlichen Lebens, einem Wechsel der Regierung, der mit den Ansichten und Grundlagen des bis dahin geltenden Systems bricht, für Neuerungen, beliebte und verhaßte, ein weites Gebiet eröffnet, einflußreiche Persönlichkeiten in

1) d. d. Hannover, 21. Juli.

den Hintergrund drängt, an Verheißungen um so reicher, als Anlage und Durchführung des Neubaus gern im voraus nach Wünschen und Neigungen abgemessen werden, pflegt die Vergangenheit und Gegenwart schärfer und lauter als sonst der Beurtheilung unterzogen zu werden. Es ist nicht häufig, daß der Mensch in dankbarer Anerkennung des genossenen Segens den Mißmuth über einzelne Übelstände begräbt, seltener noch, daß er individuelle Vorliebe und Abneigung den Forderungen des Gemeinwohls zum Opfer zu bringen über sich vermag. Im ruhigen Verlauf der Dinge verhallt seine Klage oder ringt sich nur schüchtern auf, bei einem Sturze der bestehenden Ordnung aber hört man sie schroff und gebieterisch um Anklang werben. Es bilden sich alsdann in vielfachen Abstufungen Parteien, deren jeder eine gewisse Berechtigung inne wohnt, keine der Unfehlbarkeit und Wahrheit in Bezug auf Auffassung und Lösung ihrer Aufgabe sich rühmen darf.

Ein solches Bild entfaltet sich vor uns in den Kurlanden, als die Besetzung durch das Heer der französischen Republik erfolgte. Flugschriften und Pamphlets, welche die vergangene Zeit der Kritik unterzogen, tauchten in ungewöhnlicher Menge auf, weniger von einer sichern und ehrlichen Beherrschung des Stoffes, als von dem Ungeßüm der Leidenschaft oder dem egoistischen Standpunkte der Verfasser zeugend. Solche Zeiten bieten der geschäftigen Ehrsucht und Eitelkeit, dem heimlichen Groll und der persönlichen Antipathie die gewünschte Gelegenheit, in größerer oder geringerer Verhüllung ihr Ziel zu verfolgen. Jedes bis dahin unbeachtet gebliebene und nur dem Inhaber bekannte Talent birgt seine breiten Ansprüche hinter beseligenden Ausprüchen allgemeiner Volksbeglückung. Die schüchterne Intrigue scheut das Licht nicht mehr und die im Augendienem errungene Virtuosität übt sich leicht in das Angreifen neuer Zustände hinein. Daß Veröffentlichungen der Art gegenüber die kleine Zahl besonnener Schriften, welche der Wahrheit die Ehre gönnten, das Gute betonten, ohne das Üble zu verschleiern, und die auf Eindruck berechnete Declamation verschmähten, nicht überall dieselbe Verbreitung fanden, lag in der Natur der Verhältnisse. Zahlreiche Nachtheile, welche aus der Abwesenheit des Landesherrn erwuchsen, konnten nicht in Abrede gestellt werden; der Tadel, welcher die Bevorzugung des Adels und dessen abgeschlossene Stellung im socialen Verkehr traf, entbehrte der Begründung nicht, wenn schon dabei übersehen wurde, daß dieser Übelstand keineswegs nur in dem Lande an der Reine groß geworden war, sondern fast durchweg in Deutschland, ungleich entschiedener in dem größeren Nachbarstaate, sich behauptete. Daß die Unabhängigkeit der oberen Behörden von einander, die Eifersucht, mit welcher jede derselben ihre Unantastbarkeit

wahrte, vielfach zu Unverträglichkeiten Veranlassung gegeben und namentlich die Katastrophe von Suhlingen gefördert hatte, konnte nicht in Abrede gestellt werden. Dasselbe gilt von dem Vorwurfe der Zähigkeit, mit welcher die Regierung am Hergebrachten gehalten und sich manchen nothwendigen Umgestaltungen, welche die Entwicklung der Zeit erheischte, verschlossen habe. Am meisten erging sich der Tadel in der völlig unbegründeten Aufschuldigung, daß ein wesentlicher Theil der Einkünfte des Landes in den königlichen Schatz nach London geflossen sei. Das war so wenig der Fall, daß der sparsame Georg III. vielmehr den Ertrag seiner Domänen ausschließlich zum Besten der Kurlande verwendete. Hören wir über diesen Gegenstand den Ausspruch eines Mannes, dessen unbestechliche Wahrheitsliebe auch bei seinen Gegnern Anerkennung fand und der aus den Erfahrungen einer sechsunddreißigjährigen Dienstzeit das vollgültige Zeugniß ablegen konnte ¹⁾. „Jeder Vorschlag zum Besten der Unterthanen,“ heißt es hier, „fand beim Könige günstiges Gehör und Genehmigung. Für Stipendien, Aufbesserung der Schulen, zur Unterstützung von Fabriken, für das Landesgeflüß, die landwirthschaftliche Gesellschaft gab der König große Summen aus seinen Kammergefällen; auf das Heer verwandte er aus seinen Einkünften jährlich eine halbe Million Thaler. Von allen seinen Einkünften bezog er nichts nach England.“ „Das augenblickliche Unglück,“ setzt der treffliche Mann hinzu, „wird unsere Liebe zum Vaterlande steigern, die dankbare Erinnerung an die bisherigen glücklichen Tage beleben und ein standhaftes Hoffen auf bessere Zeiten erzeugen.“

Man schalt die Regierung als eine allzunachsichtige, und vielfach war sie es in der That; ein mildes, väterliches Regiment, das dem wohlvollenden Ermessen ein größeres Feld einräumte, als ein scharfer und in seiner Schärfe jeder Wärme und jeder freien Bewegung ermangelnder Staatsmechanismus gestattet. Daß der Unterthan sich einer unparteiischen, zu keiner Zeit durch Machtsprüche gebeugten Justiz erfreute, wurde auch von den Neuerern nicht in Abrede gestellt, und wenn die hohe Besoldung des Beamtenstandes etwa Veranlassung zu gehässigen Bemerkungen bot, so wurde dabei außer Acht gelassen, daß eben dieser gerügte Uebelstand nicht wenig dazu beitrug, die Unbescholtenheit hannoverscher Beamten auch im Auslande die vollste Anerkennung finden zu lassen. Trotz der maßlosen Anfeindungen Einzelner blieben die Liebe und das Vertrauen des Volkes zum angestammten Fürstenhause unerschüttelt; sie konnten durch den Druck der Zeit nur noch erkräftigt werden.

1) Patje, Anmerkung zu den vielen Schriften über die hannoverschen Angelegenheiten. 1803.

Die Executiv-Commission.

Bevor das kurfürstliche Ministerium Hannover verließ, hatte dasselbe ein aus Mitgliedern der verschiedenen Landschaften zusammengesetztes Landes-Deputations-Collegium ernannt, welches, indem es den Vereinigungspunkt der sämtlichen landschaftlichen Behörden abgab, die Vermittelung zwischen dem Sieger und den Besiegten übernehmen und für eine gleichmäßige Vertheilung der den Unterthanen auferlegten Lasten Sorge tragen sollte. Da nun durch die Convention von Suhlingen die bisherige Regierung aufgelöst war, so stand es in der Macht von Mortier, die Verwaltung einer beliebigen Veränderung zu unterziehen. Er aber erachtete die Beibehaltung der vorgefundenen Anordnung, wegen des allgemeinen Vertrauens, dessen die Mitglieder der Deputation genossen, für dienlich, so daß dem gestüchteten Ministerium mittelbar die Einwirkung verblieb und das Land, neben der früheren Justizverfassung, die keine Beeinträchtigung erlitt, des Vortheils der einheimischen Administration sich zu erfreuen hatte. Zugleich erachtete der Obergeneral die Berufung einer Executiv-Commission für erforderlich¹⁾, um die Ausführung seiner Befehle hinsichtlich der Verpflegung des Heeres zu erleichtern und zu beschleunigen. Zu diesem Zweck wurden alle Landesbehörden der Commission unterstellt, deren Mitglieder, als treue Anhänger der alten Regierung — man konnte ihrer nicht entbehren, weil sie von den Zuständen im Lande am genauesten unterrichtet waren — der Anerkennung im Volke gewiß sein durften. Zum Commissär, welcher alle Befehle des Commandirenden an die Commission zu bringen, nach Belieben den Sitzungen derselben beizuwohnen und auf diesen Fall das Präsidium zu übernehmen habe, ernannte Mortier seinen Schwager Dürbach, bisherigen General-Administrator der eroberten Rheinlande. Ihm war zunächst die Aufgabe gestellt, von

1) Ansichreiben vom 22. Juni 1803.

allen Gütern und Einkünften des Kurfürsten, von allen Steuern, Auflagen und Leistungen der Unterthanen, von den verschiedensten Hilfsquellen des Landes Kenntniß zu gewinnen und seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die Überschüsse der Landescasse, der Kammer und jeder Landschaft unmittelbar dem *payeur général de l'armée* überliefert würden. Aus diesem Grunde lag ihm die Prüfung aller von der Executiv-Commission aufgestellten Rechnungen ob.

Fühlte sich nun auch die Commission durch dieses lästige Mitglied auf mehr als eine Weise in ihren Berathungen und Beschlüssen gehemmt, so blieb ihr doch ein weites Gebiet für segensreiches Wirken. Sie hatte freilich der Waffenmacht nur Bitten und Vorstellungen, der Habsucht nur Klage über das um sich greifende Elend, der schlaun Arglist nur behutsame Vorsicht entgegen zu setzen; aber ihren nachdrücklichen Erörterungen gelang es mehr als einmal, übertriebene Forderungen rückgängig zu machen oder doch zu mildern. Mit dem Deputations-Collegium, dessen Geschäfts- und Landeskenntniß sie nicht entathen konnte, stand sie fortwährend in der nächsten Verbindung. Das kümmerte Moritier nicht; es lag ihm nur an der Erfüllung seiner Befehle, an der möglichsten Ausnützung der eroberten Landschaften. Griff man, seiner Meinung nach, nicht rasch und schneidend genug durch, so stellte er wohl die Errichtung einer französischen Verwaltung in Aussicht, ließ es aber bei der Drohung bewenden.

Eine ordnungsmäßige Beschreibung der Stände der einzelnen Landschaften konnte theils wegen der Eile der Vorlagen, theils wegen der Ungewißheit, wie weit, nachdem der bisherige Geschäftsgang gebrochen war, die Befugniß derselben sich erstrecke, nicht ausgeführt werden. Man mußte sich mit der ungesäumten Berufung einzelner Mitglieder auch dann begnügen, wenn es Verfügungen galt, die, der Verfassung gemäß, der Zustimmung der Curien bedurft hätten. Die erste Forderung Frankreichs war auf drei Millionen Francs gerichtet, welche zu Gratificationen für das Heer verwendet werden sollten, und nur mit Mühe erreichte man, daß von dieser Summe ein Sechstel abgesetzt wurde. Wegen der Eile, mit welcher die Übergabe von 2000 Reitpferden, 30,000 Hemden, 20,000 Paar Schuhe und 24,000 Mäntel verlangt wurde, sah man sich zum Eingehen nachtheiliger Lieferungscontracte genöthigt. Die hieraus erwachsenden Kosten erreichten (September 1803) die Höhe von 2,600,000 Thaler¹⁾, von denen nur ein Fünftel sogleich aus dem Vorrath der Cassen bestritten werden konnte. Gleichwohl begehrt Dürbach, daß die Einkünfte der letzteren durch

1) Die der lüneburgischen Landschaft zufallende Quote belief sich bis auf 600,000 Thaler. von Lenthe, Archiv für Geschichte und Verfassung. Th. I, S. 1.

neue Auflagen gesteigert würden, und drohte widrigenfalls mit Zwangsanleihen oder mit eigenmächtig ausgeschriebenen Steuern. Um beiden Übelständen vorzubeugen, entschlossen sich die Landschaften zur wiederholten Auferlegung von Abgaben, welche vorzugsweise die wohlhabende Classe der Bevölkerung trafen, und schritt man gleichzeitig zu bedeutenden Anleihen im Auslande. Aber auch letztere erwiesen sich nicht als ausreichend, als unlange darauf die trotzige Forderung von 1,600,000 Francs zur Bekleidung des fremden Heeres einlief. Die Verpflegung von 35,000 Franzosen erheischte täglich 11,000 Thaler, während bis dahin die jährlichen Gesamteinkünfte des Landes auf nur vier Millionen berechnet wurden. Dazu kamen die Tafelgelber und Geschenke an Generale und deren Gefolge, während die Unterstützung des hülflosen hannoverschen Militärs monatlich 30,000 Thaler in Anspruch nahm. Daß Mortier empfohlen hatte, die Auszahlung der Pensionen an Invaliden nach Möglichkeit nicht zu unterbrechen, wurde dankbar anerkannt; dagegen fand die Bitte um Verringerung des französischen Heeres, der sich die Zusicherung anschloß, jedem abziehenden Regimente die Zahlung des rückständigen Soldes verabsolgen lassen zu wollen, keine Gewährung. In dieser Bedrängniß wurden von Ramdohr und von Hinüber als ständische Abgeordnete zum ersten Consul gesandt, um Abhülfe der nicht zu erschwingenden Auflagen zu erbitten. „Ich will nicht,“ lautete der in Brüssel abgegebene Bescheid auf den Antrag der Deputirten, „daß das hannoversche Volk ruiniert werde; ich will, daß der französische Name bei euch geachtet bleibe.“ Mit dieser wenig verheißenden, allgemein gehaltenen Zusage kehrten die Männer zurück, als, wider Erwarten, unlange darauf das zur Befestigung verwendete Heer um 7000 Mann verringert wurde.

Bei alledem war der Wechsel des Jahres nicht geeignet, die Erlösung vom Drucke der Nachthaber in nahe Aussicht zu stellen. Die Befürchtung, daß Hannover für immer seinem rechtmäßigen Fürstenhause entrisen werden könne, mochte freilich nur bei der kleinen Zahl derer Geltung finden, die lediglich nach den Eindrücken der Stunde die Zukunft abzumessen pflegen; aber die politischen Zustände Europas erlaubten es nicht, die Hoffnung auf Befreiung an einen bestimmten Zeitpunkt zu knüpfen, oder nach Ereignissen zu berechnen, die eine Umgestaltung der Dinge zur Folge haben würden. Daß es dem ersten Consul weniger um den bleibenden Besitz der Kurlande, als um ein möglichstes Ausnutzen aller Lebenskräfte derselben zu thun sei, trat überall zu Tage. Nur diesem Zwecke mußten die vorgefundenen und in ihrer Thätigkeit bestätigten Behörden dienen. Es handelte sich nicht um die Pflege einer Verwaltung, deren Leitung und Nachhülfe die

Mittel zur Befriedigung nachhaltiger Ansprüche hätte heranreifen lassen, es kam nur auf eine ausgiebige Verwerthung der vorgefundenen Kräfte an, ohne auf Schonung des Nachwuchses Rücksicht zu nehmen. Schon im vorhergehenden Jahre hatte sich der französische Generaladministrator der Waldungen, Chauvet, mit einem Gefolge von Forstbeamten eingefunden, um das zum Schiffsbau geeignete Holz fällen und nach Frankreich schaffen zu lassen. Dem Niederwerfen von Wäldern schloß sich keine Anpflanzung an, die in Domänen und die Besitzthümer von Corporationen geschehenen Eingriffe wurden durch keine Begünstigung zur Hebung des Betriebes aufgewogen.

In der Mitte des Februar 1805 erfolgte die Abberufung des zum General der Consulargarde ernannten Mortier und wurde dessen bisherige Stellung einstweilen auf den General Desfolles übertragen, der nun das Palais des Herzogs von Cambridge bezog. Hart vor seinem Abgange hatte der Erstgenannte jedem der fünf Mitglieder der Executiv-Commission einen Gehalt von 3000 Thalern ausgesetzt, dann jedoch auf den an ihn gerichteten Wunsch der Betreffenden genehmigt, daß die also ausgeworfene Summe von jährlich 15,000 Thalern auf die Bezahlung der Gehalte der herrschaftlichen Bedienten verwendet werden möge.

Bei seiner Rückkehr nach Frankreich hatte Mortier seinem Nachfolger ein erschöpftes Land, leere Cassen und rückständigen Sold hinterlassen. Täglich eintreffende Abtheilungen von Recruten, welche schließlich die Höhe von 1500 Mann erreichten — sie gehörten meist dem Departement des Montblanc an — mußten auf Kosten des Landes neu gekleidet werden. Durch eine in Hamburg gemachte Anleihe von 320,000 Thalern und durch Holzhieb in den herrschaftlichen Forsten zum Werthe von anderthalb Millionen Franken suchte man die nächsten Ausgaben zu decken. Um der gebieterischen Forderung von Desfolles zu genügen, brachten die Landschaften behufs der Löhnung des Heeres für den Zeitraum vom zwanzigsten April bis zum neunzehnten Mai 150,000 Thaler zusammen und ergänzten das Fehlende aus der Kammercasse. Dem bald darauf ausgesprochenen Verlangen des Generals, hinsichtlich der zwei folgenden Monate für die Zahlung von 1,600,000 Francs Bürgschaft zu stellen, fiel der Landesdeputation unmöglich. Durch theilweise Gewährung suchte sie den Gebietenden hinzuhalten und zu beschwichtigen.

Im Allgemeinen war man übrigens mit Desfolles zufriedener als mit Mortier; er strebte Ersparung an, hielt streng auf Ordnung und entließ Dürbach seines Amtes. Nur daß seine Entwürfe, durch Anweisung auf die Einkünfte des Landes und durch Veräußerungen der

Waldungen die erforderlichen Geldmittel von auswärts zu beschaffen, sich als unausführbar erwiesen. Es handelte sich um die Summe von 19 Millionen Francs für den Jahresbedarf des Heeres¹⁾).

Am 19. Juni 1804 traf der Reichsmarschall Bernadotte als Oberbefehlshaber des noch immer auf 28,000 Mann sich belaufenden Heeres in Hannover ein. Der Ruf eines eben so wohlwollenden als thätigen und umsichtigen Mannes, welcher dem Marschall voranging, fand in mehr als einer Beziehung in Hannover seine Bestätigung. Er beschränkte den Aufwand der Generale, verkürzte deren Tafelgelder, überwachte die auf Erpressungen bedachten französischen Commissäre und setzte die Anforderungen von Officieren und Soldaten auf ein billiges Maß. Daß gerade unter seinem Regiment die Landesnoth eine ungewöhnliche Höhe erreichte, beruhte allein auf dem Umstande, daß, den vom ersten Consul erlassenen Befehlen gemäß, die Verpflegung, Befoldung und Bekleidung des Heeres ausschließlich von den Unterthanen bestritten werden sollten, die Kräfte der letzteren aber bereits dergestalt angestrengt waren, daß die Beibehaltung, geschweige denn die nothwendige Erhöhung der bisherigen Auflagen der völligen Verarmung entgegen zu führen drohte; denn die Ersparnisse waren verbraucht und manche Erverbsquellen versiegt.

Als das Aufbringen des monatlichen Soldes von 800,000 Francs Anstand fand, ließ Bernadotte die Executio-Commission vor sich fordern und erklärte, daß, wenn man sich unfähig fühle, die laufende Pöhnung zu beschaffen, die Einsetzung einer französischen Verwaltung nicht mehr abgewendet werden könne; auf diesen Fall werde er sämtliche Einkünfte in seine Hand nehmen, die Zahlung der Zinsen und bisherigen Gehalte der Beamten, die Ausgaben für Bauten und Wegbesserung einstellen, die Waldungen der Domänen veräußern lassen, die auswärtigen Capitalien einziehen und, wenn auch damit keine Abhülfe gewonnen werde, von den Begüterten des Landes eine Summe von vier Millionen Francs innerhalb vierundzwanzig Stunden beitreiben. Sein Herz, schloß er, widerstrebe der Anwendung solcher Mittel, aber die keine andere Deutung erlaubenden Befehle des ersten Consuls ließen ihm keine Wahl. Als die Ausleerung aller Cassen nicht aus-

1) Naturalverpflegung, monatlich. . .	600,000 Francs
Hospitäler	30,000 "
Befoldung	800,000 "
monatlich	1,430,000 "
oder jährlich .	17,160,000 Francs
dazu Kleidung	1,840,000 "
also jährlich	19 Millionen Francs.

reichte, um den Sold zu beschaffen, bat man noch einmal um Ermäßigung des Geforderten. Er verkenne, erwiderte Bernadotte, weder die Vorzüge der ständischen, noch die Nachtheile einer französischen Administration, müsse jedoch auf seinem Verlangen beharren und appellire an den Patriotismus der Hannoveraner, sich der verhassten Aufgabe zu unterziehen.

Es gehörte für die Männer der Executiv-Commission viel Muth dazu, eine mehr als gewöhnliche Ausdauer der Treue und Liebe für die Heimat, um unter diesen Umständen sich nicht den Verpflichtungen ihres Amtes zu entziehen. Das namenlose Elend von Tausenden, wenn Zinszahlung und Besoldung aufhöre, schwebte ihnen vor Augen, die willkürliche Bedrückung von Seiten einer französischen Behörde, die von derselben zu erwartende Verhandlung mit Vorschuß leistenden Wuchern, der Verfall der letzten staatlichen Ordnung, wenn an die Stelle der heimischen Beamten Fremde träten, die für des Landes Wehe und Wohl kein Herz mitbrächten. Als der wiederholte Versuch, zu Anleihen zu schreiten, erfolglos blieb, griff man zur Verdreifachung der Kriegsteuer. Auch dieses Mittel reichte nicht aus, und auf Befehl Bernadottes mußte die Executiv-Commission verordnen, daß alle Rechnungsführer des Kammercollegiums binnen vierundzwanzig Stunden ihre Vorräthe einsenden, die landschaftliche Generalcasse ihren Inhalt unverfälscht dem receveur général Peyrusse abliefern und alle bis dahin genehmigten Ausgaben, mit alleiniger Ausnahme für die französische Armee, eingestellt werden sollten.

Es war ein bitterer Hohn, daß die Bevölkerung Hannovers sich an Festlichkeiten und Siegesjubiläen derer betheiligen sollte, gegen die ihr Fluch und Gebet gerichtet war. Für die Feier des Geburtstages des ersten Consuls mußte die Landschaft 10,000 Thaler anweisen, und ließ Bernadotte, der vom Schlosse in Herrenhausen Besitz genommen hatte, Medaillen aus harzigem Silber prägen. Der Obrigkeit der Hauptstadt wurde bei Gelegenheit der Übertragung der erblichen Kaiserwürde auf den Gebieter anbefohlen, für allgemeine Illumination Sorge zu tragen. Bei solchen Ereignissen fehlte es nicht an herkömmlichen Feuerwerken, die kein Herz erwärmten, an Paraden und mit theatralischem Pompe ausgeführten Feierlichkeiten im Gotteshause, dessen Besuch dieses Mal keine Sorge abstreifen, keine Hoffnung beleben konnte. Wie anders, wenn zu kleinen und größeren Kreisen Bürger und Landmann sich zum Andenken an die Geburt von Georg III und seiner Königin Charlotte vereinigten, die Herzen weit wurden und Jeder aus dem Auge des Anderen das Zeugniß unwandelbarer Treue las! Für diese Liebe zu einem Regentenhause, die Anhänglichkeit an einen fernen

Landesherrn hatte der Franzose freilich kein Verständniß, aber der muthvollen Treue, die keine Noth zu beugen vermochte, sprach er unverbohlen seine Anerkennung aus.

Dem bleibenden Druck der Fremdherrschaft gesellte sich seit dem Anfange des Jahres 1805 eine aus mißrathener Ernte und Stodung der Gewerbe erwachsene Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zu. Die von der Magazin-Direction zu Hannover auf sechs Monate abgeschlossenen Lieferungscontracte zur Verpflegung der französischen Regimenter erheischten 300,000 Thaler mehr als die vorhergehenden. Die in Folge dessen erforderlich gewordenen Ersparungen trafen zunächst die ehemaligen Mitglieder des hannoverschen Heeres, deren Befoldung vorläufig unterblieb, ein eben so hartes, als durchaus ungenügendes Mittel, zu welchem die Executio-Commission angehalten wurde. Ihm folgte eine Verordnung des Oberbefehlshabers (27. Februar), welche die Inhaber von Domänen verpflichtete, die Hälfte der einjährigen Pachtsumme als Vorausbezahlung und gegen Vergütung von vier Procent an die Kammer abzuliefern; eine Verabstimmung dieser Leistung wurde mit unverzüglichem Verluste der Pachtung bedroht. Auch das reichte nicht hin, um den Ausfall zu decken, und so sah sich die Executio-Commission zum Ausschreiben (1. April) der dritten außerordentlichen Kriegsteuer für die Dauer von sechs Monaten gedrängt, welche von je 100 Thalern Zinsen ausstehender Capitalien, desgleichen vom Ertrage der Grundstücke und des städtischen Erwerbes sechs, von Befoldungen drei, von Pachtungen zwei Procent beanspruchte. Als auch dann noch zur Bestreitung der Verpflegung des Heeres ein Mangel von 200,000 Francs sich herausstellte, verfügte Bernadotte, daß diese Summe ausschließlich von den Besitzern adlicher Güter aufgebracht werde. Man sieht, es fehlte diesen leidigen Gästen nicht an Wiß und Spürkraft, um aus Schlössern und Hütten den letzten Nothpfennig herauszulocken.

Schon unmittelbar nach dem Abschlusse der Convention von Artlenburg hatten hannoversche Soldaten unter der Leitung ihrer Officiere in großer Zahl die Heimat verlassen, um auf dem freien Boden Englands sich unter der Fahne ihres Landesherrn zu schaaren. Die von Seiten des Königs versagte Bestätigung der Convention drängte jedes rechtliche Bedenken zurück. Es war nicht eitel Nauf lust, was die Männer trieb, den altgewohnten theuern Beziehungen zum Lande der Geburt abzusagen, es war das Verlangen, an den Drängern desselben Rache zu nehmen, den soldatischen Ruf, den sie zünftigst nicht hatten bewahren sollen, wieder zur Geltung zu bringen. Sie gaben den Stod der englisch-deutschen Legion ab, die später in keiner der Schlachten Wellingtons fehlte, den Siegeslauf der Engländer theilte, in Spanien

für die Freiheit des fernen Herdes stritt und blutete. Dem gegebenen Beispiele folgten die Regimentsgenossen schaarenweise, anfangs wenig gehindert, dann die Wachen täuschend oder durchbrechend, der Unterstützung und des Verstecks überall gewiß, bis der Strand hinter ihnen lag. Es wußten Tausende die Namen derer, welche den Kampfmuthigen Obdach und Reisegeld gaben, der Führung sich unterzogen, die heimliche Einschiffung betrieben, aber es fand sich kein Verräther, der den französischen Befehlshabern gedient hätte. Als die Auswanderung immer entschiedener um sich griff und bald von heimlichen Werbern organisiert wurde, mußte die Executiv-Commission gegen Ausgang des Jahres 1803 auf Befehl von Mortier veröffentlichen, daß, wer sich mit englischen Werbungen befasse, oder zum Eintritt in englische Dienste verleite, den Kriegsgerichten überliefert werden solle. Dadurch wurde indessen der verstoßenen Überfahrt nach England kein Ziel gesetzt; mit der Unerträglichkeit der Zustände in der Heimat steigerte sich das Verlangen nach Rache. Wie willig von allen Seiten den entschlossenen Männern die Hand geboten wurde, ergibt sich aus einem am 18. Juni 1805 zu Hannover erlassenen Ausschreiben Bernabottes, in welchem es heißt: „Englische Werber scheinen sich der Unterstützung angesehenen Männer im Lande, namentlich der Beamten, zu erfreuen. Jeder Beamte, der wissentlich solche Agenten in seinem Gerichtsprerengel duldet, soll verhaftet und außer Landes gebracht, jeder Einwohner, welcher verdächtig ist, direct oder indirect sich an Werbungen betheiligt zu haben, vor eine Militär-Commission gestellt werden.“

Mit dem Herbst des Jahres 1805 gingen die politischen Zustände in den Kurlanden einem Wandel entgegen. In allen Herzen blühte die Hoffnung auf Rückkehr der alten Regierung auf. Es sollte anders kommen. Die Zeit der Prüfung war noch nicht abgelaufen, es sollte das Volk in der Esse der Noth und Trübsal gestählt, im Glauben an Gott und dessen zeitig rettende Hand erkräftigt werden, um bei dem ersten Aufrufe um so freudiger Gut und Blut für die Freiheit einzusetzen.

Die preussische Occupation.

Das Bündniß, welches England im Frühling 1805 mit Rußland, Schweden und Oestreich eingegangen war, bezweckte nicht bloß, der Machterweiterung des Kaisers von Frankreich Schranken zu setzen, es hatte sich auch die Aufgabe gestellt, denselben zur Räummung Italiens und des nördlichen Deutschlands zu zwingen, die Wiedereinsetzung des Königs von Sardinien in seine Staaten zu erwirken und die politische Unabhängigkeit Hollands und der Schweiz wiederherzustellen. Mehrfach erneuerte Versuche, auch Preußen zum Anschluß an diese Einigung zu bewegen, schlugen fehl; es zeigte sich vielmehr Letzteres nicht abgeneigt, auf dem Grunde der im August 1805 zwischen dem Grafen von Hardenberg und Rasorest gepflogenen Unterhandlungen einen Bundesvertrag mit Frankreich aufzurichten und den von diesem angetragenen Besitz von Hannover entgegen zu nehmen. Demzufolge traf einige Wochen darauf der General Duroc in Berlin ein, um den Abschluß des Bündnisses zu vollziehen. Die Stimmung, welche er hier vorfand, war nicht geeignet, die Lösung seines Auftrages zu begünstigen. In den maßgebenden Kreisen der preussischen Hauptstadt rangen zwei Parteien mit einander: Graf Haugwitz und Lombard drangen auf enge Verbindung mit Frankreich; der edlen Königin und dem Prinzen Louis Ferdinand galt dagegen die Behauptung der Ehre und Unabhängigkeit über alles. Zwischen beiden stand der friedfertige König, willenlos, schwankend, weniger von kräftigen Naturen als von vermittelnden Persönlichkeiten angezogen. Aus diesem Grunde ließ er schließlich den Vorstellungen von Haugwitz Gehör. Man glaubte sich stark genug zur Behauptung einer Neutralität, erbot sich gegen Frankreich, für die Aufrechterhaltung der Ruhe im nördlichen Deutschland zu bürgen, und willigte in das Anerbieten, die hannoverschen Kurlande als Unterpfand der Gesinnung Napoleons entgegen zu nehmen, ohne daß die Erwerbung derselben gewährleistet werde.

Die Sachlage wurde indessen eine wesentlich andere, als Bernadotte, der in der Mitte Septembers mit dem größeren Theile seines Heeres Hannover verlassen hatte, um sich im Süden Deutschlands mit den bairischen Verbündeten des Kaisers zu vereinigen, vertragswidrig seinen Weg durch das neutrale Gebiet der preussischen Markgrafschaft Anspach nahm. Einem von dem General von Lauenzien eingelegten Proteste gegen den Durchmarsch und jede fernere Gebietsverletzung setzte der Marschall den von seinem Kaiser empfangenen Befehl entgegen, die Straße durch das Anspachsche nach Gischstädt zu verfolgen, und legte der Landschaft Requisitionen jeder Art auf. Der offene Hohn, mit welchem solchergestalt Napoleon der Krone Preußen entgegentrat, der trotzige Übermuth des Siegesgewissens gegen den befreundeten Staat rief im Bürger und Soldaten Berlins die gesteigertste Aufregung hervor, so daß, als die Stimme des Volkes immer lauter eine Sühne der gekränkten Ehre verlangte, Friedrich Wilhelm III sich der früher übernommenen Verpflichtung, namentlich der Sicherstellung Hannovers gegen äußere Feinde, für enthoben betrachtete und im Anfange des November mit dem in Potsdam eingetroffenen Alexander von Rußland ein Bündniß einging, dem auch Oesterreich beitrug. Das Ziel desselben war kein geringeres, als die Macht Napoleons auf die Bedingungen des Friedens von Lüneville zurückzuführen.

Nach dem Abzuge von Bernadotte blieben in den Kurlanden nur 5000 Franzosen unter General Barbou zurück, der am 25. October seinen Aufenthalt in Hannover mit dem in Hameln vertauschte. Schon einige Wochen zuvor war auf die Instandsetzung dieser Feste und auf die Anlage neuer Werke zum Schutze derselben Bedacht genommen. Zweitausend Bauern waren neben einer von Mainz angelangten Compagnie Mineurs bei den Schanzarbeiten beschäftigt und an die Bürger erging der Befehl, entweder sich nachweislich mit Lebensmitteln für die Dauer eines Jahres zu versehen, oder aus der Stadt zu weichen. Ein russisches Corps unter den Grafen Tolstoy und Ostermann besetzte (27. October) Haseburg und am folgenden Tage Lauenburg, preussische Corps zogen von Lenzen und aus der Altmark auf Celle; im Hildesheimischen sammelte sich ein größeres Heer unter dem Herzoge Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, und Abtheilungen desselben trafen um wenige Stunden nach dem Abzuge Barbours in Hannover ein. Gleichzeitig erfolgte daselbst die Auflösung der Executiv-Commission (26. October) und die Wiedereinsetzung der kurfürstlichen Regierung. Das Aushängen des geliebten Landeswappens wurde mit Jubel begrüßt und mit einer Beleuchtung der Stadt gefeiert, die dieses Mal nicht des Befehls bedurfte. Das Landes-Deputations-Collegium blieb

vorläufig noch in Thätigkeit und aus Schwerin trafen die geflüchteten Minister wieder ein. Dem Grafen Ostermann, welcher am 10. November die Elbe überschritt und an dem nämlichen Tage Lüneburg erreichte, um von hier sich gegen Hameln zu wenden, folgten ihrem Könige, der am 2. November bei Stralsund ans Land gestiegen war, Schweden auf dem Fuße. Mit Engländern unter General Don landete die deutsche Legion von König Georg bei Bremerlehe und Stade und schlug ihr Hauptquartier zunächst in Walsrode auf. Was unter diesen Umständen die Hoffnung Hannovers auf bleibende Befreiung vom fremdherrlichen Joch noch lähmte, war die zweideutige Stellung Preußens zu Frankreich, die wachsende Zahl seiner Regimenter in den Kurlanden, der freundliche Verkehr derselben mit dem auf den Besitz von Hameln beschränkten Barbou, die unter Androhung von Gewalt ausgeschriebenene Kriegslieferungen. Ein im Anfange Novembers in Hannover verbreitetes Gerücht, daß Preußen die Absicht hege, das Land mit 30,000 Mann zu besetzen, mochte auf einem Verlauten der früher mit Frankreich getroffenen Verabredungen beruhen, war aber wohl geeignet, die Freude über eine am 4. December veröffentlichte Proclamation zu verkümmern, in welcher Georg III seinen Dank für die Treue und Anhänglichkeit aussprach, mit welcher der Unterthan einem langen feindlichen Drucke Trotz geboten hatte.

Mit dem Auftrage, die preussische Vermittelung anzubieten, falls Napoleon die von den Verbündeten verabredeten Grundlagen eines allgemeinen Friedens gutheissen werde, trat Graf Haugwitz, ein geschmeidiger Hofdiener, dem Ernst und Tiefe des Staatsmannes abgingen, die Reise nach dem französischen Hauptquartier an. Friedrich Wilhelm III war allerdings entschlossen, auf den Fall eines abschlägigen Bescheides sich am Kriege zu betheiligen, aber es mußte für ihn von Wichtigkeit sein, Zeit zu gewinnen, weil sein an der russischen Grenze aufgestelltes Heer sich vor der Mitte Decembers nicht an entscheidender Stätte befinden konnte. In Wien traf Haugwitz den Kaiser, sah sich aber in seiner Erwartung, unverzüglich Gehör zu finden, getäuscht. Der Vertrag von Potsdam, auf welchem die von ihm zu überbringenden Vorschläge beruhten, war geschlossen, als die Franzosen die Enz noch nicht überschritten hatten; jetzt standen dieselben siegreich an der Grenze von Schlesien und die Schlacht von Austerlitz vernichtete thatsächlich alle ihm ertheilten Vollmachten. Haugwitz konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß er bei der am 13. December 1805 zu Schönbrunn ihm ertheilten Audienz die Grundzüge der von den drei verbündeten Mächte getroffenen Vereinbarung nicht vorlegen dürfe, da nach dem Rückzuge der Russen und der von Oestreich eingegangenen Waf-

senruhe Preußen allein stand, bevor es noch als Feind aufgetreten war. Der Graf konnte nur noch auf ein freundliches Abkommen mit dem Sieger denken. Napoleon war von dem Bunde Preußens längst in Kenntniß gesetzt, er kannte die gegen ihn gerichteten Bewegungen des Heeres und ließ seinem Mißmuth über die Politik des Hofes von Berlin in herben Worten Ausdruck. Dann jedoch, seinen Unwillen mäßigend, versprach er, des Geschehenen nicht ferner zu gedenken, falls Preußen noch jezt in einen engen Anschluß an Frankreich willige, das Fürstenthum Neuchâtel und das Herzogthum Cleve an das Kaiserreich, die Markgrafschaft Anspach an Baiern — Letzteres solle dafür durch Überweisung einer Gebietsstrecke mit 20,000 Seelen an Baireuth entschädigen — abtrete und dagegen durch Einverleibung der deutschen Lande des Königs von England seinen Staat abzurunden und zu bereichern entschlossen sei. Graf Haugwitz befand sich, der plötzlichen Umgestaltung der politischen Lage gegenüber, ohne Verhaltungsbefehle; Aufschub war nicht gestattet und so unterzeichnete er (15. December 1805) auf eigene Hand die ihm vorgelegten Bedingungen. Hiernach trat er die Rückreise nach Berlin an¹⁾.

Es war am 22. December, als Graf Hardenberg an Lord Harrowby die Mittheilung ergehen ließ, daß Haugwitz zu der Erklärung beauftragt sei, es werde Preußen eine abermalige Überziehung Hannovers durch Frankreich als eine gegen sich selbst gerichtete Feindseligkeit betrachten, dagegen habe es sich der Forderung Napoleons, daß die Besatzung Hamelns vom kurfürstlichen Ministerium mit den erforderlichen Lebensmitteln versehen werde, nicht entzogen. In Gemäßheit dessen und bei der Nachricht, daß Preußen für die Sicherheit des nördlichen Deutschlands die Garantie übernommen habe, hielten die Russen mit der Belagerung Hamelns inne, die auf dem Marsche dahin begriffene, zum Theil schon in Springe angelangte, deutsche Legion machte Halt, um bald darauf den Rückzug nach Verden anzutreten, und die bis dahin eingeschlossene Feste empfing durch Vermittelung des Landes-Deputations-Collegiums ihre Bedürfnisse aus der nächsten Umgegend. Nach kurzer Besprechung mit dem preussischen Obristleutnant von Krusemark (2. Januar 1806) zeigte sich General Barbou zur Einstellung jeder Feindseligkeit bereit. Der Glaube an eine glückliche Vermittelung Preußens fand mehr und mehr Anklang, als man erfuhr, daß die von Holland unter Louis Napoleon, vom Main unter Auge-reaux heranziehenden französischen Heersäulen den Weitermarsch nicht

1) Fragments des mémoires inédits du comte de Haugwitz. Lombard, Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805, 1806 et 1807. Francfort 1808. (Nouvelle édition.)

fortsetzten. Doch gaben nicht alle sich dieser Täuschung hin. „Krusemark,“ schrieb damals ein Officier der Legion, „verdient einer edleren Sache zu dienen; seine Schuld ist es nicht, wenn er Aufträge ausdrücken muß, deren Unwürdigkeit und Gefahr sein eigenes Gouvernement fñhlt. Hameln hätte in der kürzesten Zeit fallen müssen; jetzt verhñhnt uns Barbou und plñndert die Umgegend. Den Anhängern der Ehre bleibt nur der Ausweg, ihre Rolle bis zum Schluß mit Ehre durchzuführen.“

Drei Tage nach jener an Lord Harrowby abgegebenen Erklärung gelangte die Kunde von dem durch Haugwitz abgeschlossenen Vertrage nach Berlin. Im geheimen Rath des Königs war man anfangs weit entfernt, das Geschehene gut zu heißen; konnte doch die Aussicht, die unsichere Beute eines Eroberers gegen treu bewährte Erbländer einzutauschen, wenig Verlockung bieten. Dann überwog das Bedenken, ohne die Beihñlfe Rußlands und ðsterreichs den Krieg auf sich zu nehmen; die Verweigerung der Annahme Hannovers ließ dieses in den Händen eines gefährlichen Nachbars, während durch die Kurlande eine zusammenhängende und vermöge der Weser feste Grenze ¹⁾ und ein erheblicher Zuwachs für die Monarchie zu gewinnen stand. Daß es sich nebenbei um die Veraubung eines uralten und augenblicklich verbündeten Fürstenhauses handelte, an welches vielfach Bande der Verwandtschaft knüpften, kam weniger in Betracht ²⁾. Man einigte sich endlich zur Ratification des Vertrages, hielt aber, um den Schein zu retten, den Zusatz für erforderlich, daß die Besitzergreifung Hannovers nur eine provisorische sein könne und die Behauptung desselben von einer demnächstigen Abtretung Georgs III abhängig gemacht werden solle. „Es war doch sehr die Frage, ob es auch staatsklug sei, dem Vortheile den letzten Rest der öffentlichen Ehre und obwaltender Rechtlichkeit darzubringen ³⁾.“

Durch den in Berlin beliebten Zusatz gewann der Tractat von Wien eine wesentliche Modification und um für denselben in dieser neuen Gestalt die Genehmigung einzuholen, mußte Graf Haugwitz den Weg nach Paris antreten. Im bitteren Groll sprach sich Napoleon dahin aus (4. Februar 1806), daß er einen Vertrag, dem in der vorgeschriebenen Frist die Vollziehung verweigert sei, nicht mehr als bestehend betrachten könne. Im sichern Bewußtsein seiner gebietenden Stellung schrieb

1) „Kurbraunschweig ist so gelegen, daß ein Reichsoberhaupt und ein König von Preußen, welchen die Geseze nichts wären, diesen Landen gleich furchtbar sein würden.“ S. von Müller, Darstellung des Fürstenbundes.

2) Bedentlichkeiten der Art bezeichnet Graf Haugwitz als „une morale timide“.

3) Äußerungen eines preussischen Historikers.

er als unwandelbare Grundlage eines freundlichen Einvernehmens die Bedingungen vor, daß Preußen die obgedachten Provinzen sogleich und ohne irgendwelche Entschädigung von Seiten Baierns abtrete, daß es ohne weiteren Rückhalt die Besitzergreifung Hannovers vollziehe und die Strommündungen des nördlichen Deutschlands der englischen Flagge verschließe. Auch diese Forderungen, deren Erfüllung den Bruch mit England als unausbleibliche Folge nach sich ziehen mußte, fanden (9. März) die Genehmigung von Friedrich Wilhelm III. „So beraubte Preußen seinen fürstlichen Nachbar und Verwandten nur aus Gehorsam gegen eine fremde Macht¹⁾.“

Die vieldeutige Erklärung Preußens, behufs der Sicherstellung des nördlichen Deutschlands die Kurlande in Verwahrung nehmen zu wollen, mußte den Rückzug der Streitkräfte der Verbündeten, die widerigensfalls vom Strande abgeschnitten zu werden Gefahr liefen, nach sich ziehen. Das schwedische Hauptquartier wurde von Lüneburg nach Boizenburg, von da nach Rostock verlegt, die Russen wandten sich dem rechten Elbufer wieder zu und in Bremerlehe und Stade erfolgte die Einschiffung der im Dienste Georgs III. stehenden Regimenter.

Das Einrücken der Preußen erfolgte gleichzeitig von verschiedenen Seiten. Ein am 27. Januar 1806 veröffentlichtes Manifest des Generals Grafen von Schulenburg-Kehnert lautete dahin, daß, zur Abwendung des Kriegsfeuers, welches das nördliche Deutschland zu überziehen drohe, König Friedrich Wilhelm III. den Kurstaat einstweilen besetze und dessen Verwaltung bis zum Abschlusse eines Friedens übernehme, die Einkünfte aber lediglich zum Besten des Landes verwendet werden sollten. Zur nämlichen Zeit setzte ein Schreiben des Grafen Hardenberg das kurfürstliche Ministerium in Kenntniß, daß Preußen, indem es sich der Verwahrung und Administration Hannovers zeitweilig unterziehe, darin nur den von Frankreich angegebenen Weg verfolge, um dem Ausbruche eines Krieges im Norden von Deutschland vorzubeugen; zu dem Zwecke sei Graf Schulenburg zum Administrations-Commissarius ernannt und wenn auch die Beseitigung der bisherigen Verbindung mit dem Könige von England für unabweisbar erachtet werde, solle doch in der Verfassung der inneren Landesbehörden keine Änderung erfolgen. Das Ministerium, erwiderte hierauf Graf Münster, sei in Folge der Aufforderung Preußens in seine Geschäftsführung wieder eingetreten und habe, laut der dem Lord Harrowby gegebenen Versicherungen, am wenigsten eine Lösung der freundschaftlichen Verhältnisse erwartet; das jezt an dasselbe gestellte Ansinnen setze eine Aufkündigung des Ge-

1) Bignon.

horsains gegen den Landesherrn voraus und laufe beschworenen Pflichten der Behörden zuwider; deshalb lege er hiemit im Namen des Kurfürsten gegen das erlassene Patent Protest ein. Nachdem er die Staatsdienerschaft aufgefodert hatte, in ihrem Amte auszuharren und sich jeder Widerspächlichkeit gegen die Anordnungen des Gewalthabers zu enthalten, begab sich Münster nach England. Das Deputations-Collegium wurde durch Graf Schulenburg von der Bestellung einer Administrations-Commission unter Vorsitz des Kammerpräsidenten von Ingersleben in Kenntniß gesetzt; am 14. Februar traf das preussische Regiment Larisch, am Tage darauf Schulenburg in Hannover ein; Barbou räumte in Gemäßheit des durch General Rapp aus Paris überbrachten Befehls die Feste Hameln, nachdem er zuvor den rückständigen Sold für seine Mannschaft vom Lande verlangt hatte.

In seinem schwankenden Verfahren mußte Preußen, welches von der einen Seite den Befehlen Frankreichs zu genügen, von der anderen das offene Zermürbniß mit England zu vermeiden wünschte, in die augenscheinlichsten Widersprüche verfallen. Zu einer Zeit, als an den öffentlichen Gebäuden Hannovers noch das kurfürstliche Wappen haftete, bedrohte ein Ausschreiben Schulenburgs englische Werber mit militärischer Bestrafung und verbieth für das Einbringen derselben eine Belohnung von zwanzig Thalern. Die neu eingesetzte Commission begann ihre Thätigkeit damit, daß sie die Censur der Anzeigen an sich zog, sodann Nachweisungen über die Einkünfte des Landes, über den Bestand aller öffentlichen Cassen und — so weit hatten sich selbst die Forderungen der französischen Befehlshaber nicht erstreckt — Rechnungsextracte der letzten sechs Jahre verlangte. Wenn Preußen, eröffnete der Staatssecretär Fox dem Gesandten Friedrich Wilhelms III in London, Freiherrn von Jacobi, die Besetzung Hannovers für nothwendig erachte, um ein französisches Heer von seiner Grenze fern zu halten, so finde die Beseitigung der höchsten Landesbehörde darin keine Erklärung; auf solche Art die Kurlande vor einer Invasion zu schützen, sei mehr als ungewöhnlich; übrigens erwarte der König, der unter keinerlei Verhältnissen in eine Veräußerung seines deutschen Erbes willigen werde, daß der Hof zu Berlin die Versicherung, es handle sich nur um eine vorübergehende Occupation, vor ganz Europa wiederholen werde. Mit größerem Erfolge drängte Napoleon zur bedingungslosen Besitzergreifung des Kurstaates. Die Bekanntmachung Schulenburgs, daß, einer mit Frankreich getroffenen Übereinkunft gemäß, Häfen und Ströme an der Nordsee der englischen Flagge geschlossen sein sollten, hatte unausbleiblich zur Folge, daß England auf alle preussische Schiffe Embargo legte.

Die Hoffnung, welcher bis dahin Einzelne Raum gegeben hatten, daß das Verfahren Preußens nur auf der Absicht beruhe, dem Kurfürstenthum gegen die willkürlichen Maßregeln Frankreichs seinen Schutz angedeihen zu lassen, brach mit dem am 1. April 1806 ausgefertigten Manifeste Friedrich Wilhelms III zusammen. „Der Wunsch,“ heißt es hier, „unsrer treuen Unterthanen und den angrenzenden Staaten unserer Provinzen des nördlichen Deutschlands während des Krieges die Fortdauer der Wohlthaten des Friedens zu erhalten und zu sichern, war zu allen Zeiten der Gegenstand unserer rastlosen Bemühungen. Wir schmeichelten uns, diesen wohlthätigen Zweck durch den Entschluß zu erreichen, den wir in Folge letzter Begebenheiten gewonnen und durch unser Patent vom 27. Januar bekannt gemacht haben, nach welchem die Staaten des Kurhauses Braunschweig - Lüneburg durch unsere Truppen besetzt und von uns in Administration genommen werden sollten. Da aber seitdem die wirkliche Besitzergreifung der hannoverschen Lande gegen die Abtretung dreier Provinzen unserer Monarchie zu einem dauerhaften Ruhestande unserer Unterthanen und der angrenzenden Staaten unumgänglich nothwendig geworden, so haben wir mit dem Kaiser der Franzosen eine Convention abgeschlossen, vermöge welcher uns, gegen Abtretung dreier Provinzen, der rechtliche Besitz auf die dem Kaiser durch das Eroberungsrecht zuständigen Staaten des Kurhauses Braunschweig in Deutschland erworben ist. Es wird daher von nun an auch die Regierung und Verwaltung dieser Länder lediglich und allein in unserem Namen und unter unserer allerhöchsten Autorität stattfinden. Wir fordern demnach sämtliche Landesbehörden hierdurch auf, die ihnen angewiesenen Functionen in unserm Namen unter der obersten Leitung des von uns allerhöchst ernannten Administrations-Commissärs, Generals der Cavallerie, Grafen von der Schulenburg-Rehnert, pflichtmäßig fortzusetzen.“ „Nicht minder erwarten wir,“ heißt es am Schluß, „von dem Adel, den Prälaten, den Bürgern und sämtlichen Unterthanen, daß sie sich der Ordnung der Dinge, woraus denselben ein neuer Zeitpunkt der Ruhe und des Wohlstandes aufblühen wird, willig unterwerfen und dadurch den Beweis der ihrem Vaterlande gewidmeten Anhänglichkeit und Liebe ablegen werden.“

Ein Ausschreiben des Präsidenten von Jüngerleben erklärte, daß, wie sich zu Stade, Radeburg und Osnabrück bereits Provinzial-Regierungen in Thätigkeit befänden, so zu gleichem Behufe aus den geheimen Cabinetrathen und Kanzleisecretären eine Provinzial-Regierung für die Fürstenthümer Calenberg, Grubenhagen und Göttingen und für die Grafschaften Hoya und Diepholz vom Könige bestätigt sei, daß jedoch die höhere Staatsverwaltung und Regierung in der Administra-

tions- und Organisations-Commission zu Hannover vereinigt bleibe und die Provinzial-Behörden sich in Anfragen und Berichten an dieselbe zu wenden hätten.

Graf Münster erörterte in einem Namens seines Königs verfaßten Memoire, daß durch Preußen, nachdem es seine hinter freundschaftlichen Versicherungen versteckten feindlichen Absichten endlich enthüllt, die Geseze des Völkerrechts und des deutschen Reichs gleichzeitig mit Füßen getreten seien; noch sieben Tage nach dem mit Duroc abgeschlossenen Vertrage habe dasselbe in England ein gemeinsames Vorgehen in Niedersachsen in Vorschlag gebracht, dann, trotz des dagegen erhobenen Protestes, den Kurstaat unter dem Vorwande besetzt, denselben nur auf diesem Wege seinem angestammten Herrn erhalten zu können, endlich mit der Versicherung, daß es lediglich gezwungen zur Vergrößerung schreite, das welfische Land an sich gerissen. Daß Preußen alte treue Unterthanen bei Seite werfe, um dafür neue zu gewinnen, könne in dem Geständnisse, daß es ungern dem nachgegeben, keine Entschuldigung finden.

Eine Note ähnlichen Inhalts übergab der kurhannoversche Gesandte von Ompteda der preußischen Regierung, bevor er Berlin verließ, während der am Reichstage zu Regensburg beglaubigte von Reden in einem Memorandum auseinandersezte, daß Preußen, während es von Aufrechterhaltung der Ruhe im nördlichen Deutschland declamirt, nur die günstige Gelegenheit abgewartet habe, um als Eroberer aufzutreten; dadurch werde die schon von Polen gegen die gedachte Macht erhobene Anklage bestätigt, daß Treue und Glaube, Verträge und Versprechungen ihr als eitel Wortklang gölten; wenn es demnach ebenso gefährlich sei, Preußen zum Freunde wie zum Feinde zu haben, so müßten zunächst Mecklenburg und Sachsen befürchten, einem ähnlichem Schicksal unterzogen zu werden, wie es Hannover betroffen; daß Staatskunst, die nicht von Sittlichkeit getragen werde, eine Asterpolitik sei, finde darin Bestätigung, daß man hinterdrein in Berlin von einer „durch weises Betragen wohl verdienten Vergrößerung“ zu reden wage. „Man tausche immerhin,“ sprach der entrüstete Fox im Hause der Gemeinen, „ein Feld gegen das andere, Vieh gegen Vieh, aber man vertausche nie die Völker, denn der Grundstein des Staatsvereins, die gegenseitige Zuneigung der Unterthanen, wird dadurch gänzlich vernichtet.“

Mit solchen Aussprüchen war die gesammte Bevölkerung Hannovers einverstanden; man wollte den Schuß Preußens so wenig wie das von ihm verheißene Glück, aller Herzen hingen dem rechtmäßigen Herrn an. Am lautesten sprach außerhalb des Kurstaats die Thatfache, daß

also ein uraltes deutsches Fürstenhaus um das Erbe seiner Väter gebracht werden solle.

Der nicht ohne den Schutz der bewaffneten Macht vollzogenen Verdrängung des heimischen Wappens durch den preussischen Adler und der Aufhebung des Staatsministeriums (8. April) folgte die Verordnung (1. Mai), daß in jedem hannoverschen Landescollegium ein Mitglied der Administrations-Commission beliebig den Sitzungen beizuhören könne. Die Festungswerke von Rienburg wurden gebessert und erweitert und ein Befehl von Jüngerleben legte dem provisorisch bestätigten Landes-Deputations-Collegium die Aushebung von 3120 Pferden auf, die bei dem Proviantfuhrwesen und den Traincolonnen Verwendung finden sollten. Es wurde verkündet, daß mit dem 1. October die preussische Landesmünze, und zwar gegen unbillige Herabsetzung des werthvollen hannoverschen Geldes, eingeführt werden solle, sodann daß zwei Oberforstmeister aus Preußen berufen seien, um das Forstwesen — es hatte sich bisher eines vorzüglichen Rufes zu erfreuen gehabt — auf preussischen Fuß zu organisiren. Die Verwaltung wurde nach dem Musterstaate umgeschaffen, die Steuer mit einer früher nicht gekannten Strenge eingetrieben, die Einstellung zum Kriegsdienst unter harten Formen erzwungen.

Die heimischen Behörden, welche an eine milde und väterliche Behandlung der Unterthanen gewöhnt waren, fügten sich mit Unlust den an sie ergangenen Befehlen. In einzelnen Ämtern regte sich beim Landmann offene Widerseßlichkeit und mußten preussische Dragoner einschreiten. Es ließ sich Keiner den Glauben nehmen, daß die rächende Strafe der widerrechtlichen Besitznahme bald folgen werde. Die Worte, welche Luther einst dem Kurfürsten Albrecht von Mainz schrieb: „Es ist nicht gut, Herr sein mit Unlust, Widerwillen und Feindschaft der Unterthanen, hat auch keinen Bestand“ fanden im Verhalten des Volks ihre Bestätigung. Zu der Höhe der Abgaben gesellte sich ein willkürliches Niederreißen des Bestehenden, an dessen Stelle Verfügungen traten, welche die Freiheit beengten und jede selbständige Thätigkeit der Beamten lähmten. „Unterdrücken lassen sich Menschen wohl, nur wollen sie die Unterdrückung nicht auch noch bezahlen¹⁾.“ „Der gute althannoversche Geist,“ schrieb damals ein hochgestellter Staatsdiener, „ist wieder thätig; ich weiß nicht eine Person in Hannover, deren Herz nicht unserm Herrn gehörte und der König darf stolz darauf sein, nach solchen überstandenen Leiden noch solche Unterthanen zu haben; man ist höflich und kalt gegen die Fremden, aber niemand geht zu

1) John Russell, Geschichte der englischen Verfassung.

weit.“ „Ich hoffe,“ äußert sich derselbe später, „daß die preussische Administration einige Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse nehmen wird; es ist gut, daß von einer Huldigung erst nach einem Jahre die Rede sein soll, vorausgesetzt daß alsdann in einem allgemeinen Frieden das Land förmlich an Preußen abgetreten ist; ohne das wäre der Huldigungstermin auch nach einem Jahre eine wahre Grausamkeit, weil bis dahin die alten Pflichten noch bestehen und das Gewissen Vieler beunruhigt werden würde.“

Man verglich wohl das Verfahren der neuen Machthaber mit dem der französischen Generale, und der Vergleich fiel selten zum Nachtheil der Letzteren aus. Diese hatten die vorgefundenen Zustände und Verhältnisse nicht unnöthiger Weise angetastet; sie hatten sich mit den Rechten und Gewohnheiten des Landes bis zu einem gewissen Grade bekannt zu machen, sich in die herrschende Ordnung hinein zu leben gesucht und mit den seltensten Ausnahmen die Höflichkeit und Beobachtung feiner Sitte nicht außer Acht gelassen. Eine solche Schonung kannten die Preußen nicht; statt ihrer ein herrisches Gebieten, ein vornehmes Herabsehen auf alles, was nicht den bei ihnen beliebten Zuschnitt trug. Sie wurden von der seligen Überzeugung getragen, daß die bei ihnen geltende Rechtspflege und Verwaltung die allein mustergültige sei, daß man den Segen derselben einem verkommenen, von staatlicher Bildung wenig bewährten Völkchen kurzweg aufzwingen müsse. Und wie weit war das Preußen jener Zeit von einem Aufschwunge, von der sein gesamntes Leben erfassenden Neubildung entfernt, jener tiefgreifenden Läuterung, die aus langen Leidensjahren erwachsen sollte!

Einzelne Stimmen, welche damals den Hannoveraner zur Kenntniß des ihm bevorstehenden Segens zu leiten bemüht waren, fanden den gewünschten Anklang nirgends. „Die hannoverschen Unterthanen,“ heißt es in einer Flugschrift¹⁾, „sind berechtigt, einer glücklichen Zukunft entgegen zu sehen, wenn sie dem preussischen Scepter unterworfen werden. Sie gehören dann einer großen Monarchie an, welche allein gegen auswärtige Feinde Schutz gewähren kann und der geschwundene Credit wird sich wieder heben. Nur große Monarchien kennen persönliche und bürgerliche Freiheit vor dem Geseß; durch Vereinzelung und Veräußerung der Domänen und Klostergüter können alle Landesschulden getilgt werden; die bisherigen Landeskosten werden gespart, eine bessere Geseßgebung tritt ein, im preussischen Landrecht gewinnt

1) Haben die Chur-Braunschweig-Lüneburgschen Unterthanen Ursache, sich über die in Ansehung ihrer am 27. Januar getroffenen königlich preussischen Entschliessungen zu freuen? Norddeutsches Land. 1806.

man das vollkommenste Gesetzbuch. Alle Mängel der Verwaltung werden mit einem Zauberfchlage aufhören.“ Für den genügenden Schutz der großen Monarchie schien deren Stellung zu Frankreich wenig zu sprechen; der bürgerlichen Freiheit glaubte man unter der alten Regierung gewisser zu sein, als unter der Notmässigkeit rücksichtslos durchgreifender Behörden; der aus Veräußerungen des Klosterguts verheißene Gewinn fand keine Gläubige; der Ersparung der Landtagskosten mochte man freilich unter der Krone Preußens gewiß sein, aber ohne dadurch sonderlich zur Dankbarkeit hingerissen zu werden; zur Würdigung des Geschenks des preussischen Landrechts fehlte auch rechtskundigen Männern das Verständniß und das zauberhafte Hineingleiten in eine über alle Mängel erhabene Staatsordnung erregte mehr Bedenken als freudige Zuversicht. Alle jene hochtrabenden Verheißungen waren nicht ausreichend, um das Andenken an frühere Tage vergessen zu machen, oder die Liebe zum rechtmäßigen Landesherrn zu vermindern. Ein Volk, in welchem nicht alle Lebenskräfte erkrankt oder versiegt sind, wird sich stets mit Widerwillen in jede seinem politischen Dasein aufgedrungene Veränderung finden.

Friedrich Wilhelm III war ein gerechter, wahrhaftiger Herr, aber schüchtern, ohne Selbstvertrauen, nicht frei von den Einflüssen einer Umgebung, welcher die reichbegabte und muthige Königin nicht immer das Gegengewicht halten konnte. Auf die offenherzige Äußerung einer nach Berlin gesandten ständischen Deputation aus Hannover, daß sie keine Mißbilligung zu finden hoffe, wenn sie ihre Anhänglichkeit an den welfischen Regentensamm nicht verleugne, und auf die vorgebrachte Bitte, daß die auf dem Lande ruhende Last vermindert, die bisherige Wirksamkeit der Landschaften nicht beseitigt werden möge, antwortete der König nur mit allgemein gehaltenen Zusicherungen. Es solle, hieß es, die landschaftliche Verfassung nur solchen Änderungen unterzogen werden, welche die Vereinigung mit Preußen als nothwendig herausstelle; man werde zunächst das Augenmerk auf Abstellung drückender Mißbräuche richten, die Wohlfahrt der Kurlande nie hintansetzen, am wenigsten die Bestimmung der Klostergüter und deren Einkünfte zu milden Zwecken und Anstalten einer Änderung unterziehen. Huldreichler lautete die Erwiderung (24. Juni 1806) auf ein Gesuch der Universität Göttingen um Bestätigung der Privilegien: Der König halte es für eine seiner ersten mit der Übernahme der hannoverschen Lande erhaltenen Pflichten, für eine Anstalt zu sorgen, die von ihrer Entstehung an zur Ausbreitung wissenschaftlicher Cultur und Beförderung gründlicher und nützlicher Studien im In- und Auslande auf eine so ausgezeichnete Weise gewirkt habe. Deshalb bewillige er gern die

Bitte um Bestätigung ihrer Privilegien und habe, vorzüglich in dieser Rücksicht, die immerwährende, von den Domänen abgesonderte Verwaltung der Klostergüter, und die Bestimmung ihrer Einkünfte zu milden Zwecken, worunter die Universität den ersten Platz einnehme, genehmigt, habe auch sich vorbehalten, nach beendigter Organisation der hannoverschen Lande das Rectorat der Universität selbst zu übernehmen.

Verwandte Interessen und das gemeinsame Element des norddeutschen Wesens würden auf dem Grunde einer willigen Anhänglichkeit der Unterthanen das Aufgehen des Kurstaats in Preußen allerdings erleichtert haben. Aber dieser Anhänglichkeit stand die in allen Classen der Bevölkerung vorherrschende Liebe für das angestammte Fürstenhaus und eine geschichtlich durchgebildete Verfassung entgegen. Einzelne Mängel der Verwaltung thaten dieser Liebe um so weniger Abbruch, als hinsichtlich der ersteren die Frage nahe lag, ob sie in Preußen etwa weniger gehäuft seien. Man rühmte das väterliche Wohlwollen der heimischen Regierung, die Beamten traf kein Vorwurf der Bestechlichkeit, die Rechtspflege war ungetrübt gehandhabt, die Abgaben hatten weniger gedrückt als im Nachbarstaate. Und nun dachte die augenblickliche Herrschaft an Beseitigung aller bestehenden Einrichtungen, wollte vererbtes Herkommen, Satzungen und Gewohnheiten, die mit dem innersten Leben des Volkes verwachsen und durch Jahrhunderte einer langsamen Entwicklung entgegengeführt waren, urplötzlich durch fremde, nach Form und Inhalt wenig versöhnliche Einrichtungen ersetzen. Man sah mit Bangen einer Flut von Neuerungen entgegen, als die Administrations-Commission kurz vor dem verhängnißvollen 14. October 1806 jedem Beamten eine Liste von Fragen zustellte, die sich bis auf die unerheblichsten Einzelheiten erstreckten und als Grundlage der einzuführenden preussischen Verfassung dienen sollten.

Die Gestaltung des öffentlichen Lebens in Hannover, die Gerichtsverfassung, die ständischen Zustände, die Begrenzung und Verwaltung der Ämter, das Gemeinwesen der Städte beruhte auf einer breiten historischen Grundlage, die, trotz aller im Verlauf erlittenen Modificationen, ihre Geltung behauptet hatte. Der Beamte fühlte sich nicht durch stramme Vorschriften bis in die Einzelheiten der Geschäftsführung gebunden, er war nicht der bloße Vollstrecker eines höheren Willens, sondern es war seinem redlichen Ermessen ein gewisser Spielraum gestattet, der ihn mit Liebe und wie in eigenen Angelegenheiten seinen Pflichten nachgehen ließ. In Städten und auf dem flachen Lande war den Gemeinen ein Gebiet für selbständige, freie Thätigkeit geblieben. Anstatt einer aufgezwängten Uniformität zeigte die Verfassung ein bun-

tes, an Wechselln reiches und doch die Einheit nicht verleugnendes Bild, einen Haushalt, der Keinem unbequem fiel, weil er Brauch und Sitte achtete. Mochte dann auch die scharfe Gliederung fehlen, das leichte und rasche Sineinandergreifen des Räderwerks des modernen Staats vermist werden, so gab die Zufriedenheit der zum Wohlstande gelangten Unterthanen dafür hinlänglichen Ersatz.

Dem gegenüber bot das Preußen jener Zeit ein wesentlich anderes Bild. Hier galt die unbedingte, keinen Einwurf duldbende Autorität der höheren Behörden, in deren Hände alle Fäden der Regierung zusammenliefen. Was man verlangte, war stricte Obedienz, keine unabhängige Thätigkeit der Beamten, die nicht als Gehülfen, sondern als Werkzeuge angesehen wurden; ein gebotenes Hasten bei der gestellten Aufgabe; ein seelenloser Mechanismus, der keiner Eigenthümlichkeit der Provinzen Berücksichtigung schenkte, rechtliches Verkommen durch allgemeine Gesetze verdrängte, den nationalen Charakter der Landschaften im militärischen Gehorsam erstickte. Wie das Heer den eigentlichen Träger und Vertreter der Monarchie abgab, so spiegelte sich soldatische Subordination in der Haltung der Civildienerschaft ab. „Preußen,“ sagt ein geistreicher Schriftsteller jener Zeit ¹⁾, „ist nicht ein Land, das eine Armee hat, sondern eine Armee, die ein Land hat.“ Preußen rühmte sich in diesem System die größte Vollkommenheit in der Verwaltung des Staats erreicht zu haben. Als es im Begriff stand, Hannover zu desorganisiren und nach seinem Vorbilde umzuformen, erfolgte dessen Sturz ²⁾.

1) Aus dem Nachlasse von Berenhorst.

2) Rehberg, über die Verwaltung in Monarchien und die Dienerschaft des Regenten. Hannover 1807.

Westphalen und das Kaiserreich.

Die Stiftung des Rheinbundes, welcher die Auflösung des deutschen Reichs sich anschließen mußte, war durch Napoleon erfolgt, Deutschland ohne Befragen Preußens einer politischen Umgestaltung unterzogen, welche die letzte nationale Einheit zerriß und neugeschaffenen Souveränitäten den Stempel französischen Vasallenthums aufdrückte. Erst hinterdrein hatte Lasforest, der Gesandte Frankreichs in Berlin, dem Grafen Haugwitz den Abschluß des Rheinbundes mitgetheilt und darauf hingewiesen, daß für eine Vergrößerung Preußens die zeitigen Verhältnisse überaus günstig seien; es könne entweder die kleineren deutschen Staaten, welche der rheinischen Einigung nicht beigetreten, unter einem neuen Bundesgesetze vereinigen, welches zugleich die Annahme kaiserlicher Würde gestatte, oder, was Machtstellung und geographische Lage zunächst erleichtere, einen norddeutschen Staatenbund errichten, dessen Leitung ausschließlich seiner Hand verbleibe.

Den Verlockungen dieses Antrages konnte der Hof zu Berlin nicht widerstehen und indem die Verwirklichung des letztgenannten Vorschlages mit geringen Schwierigkeiten verbunden zu sein schien, knüpfte man nicht bloß mit Sachsen, Hessen, den Hansestädten und dem Könige von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein hierauf bezügliche Verhandlungen an, man hoffte auch Schweden hinsichtlich seiner pommerschen Besitzungen heranzuziehen. Ähnliche Aufforderungen an Mecklenburg und Oldenburg ergehen zu lassen, schien wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen beider fürstlichen Häuser zu Rußland nicht gerathen. Es sollte sich nur zu bald zeigen, daß die Hindernisse, welche der Durchführung des rasch begonnenen Ziels im Wege standen, nicht so leicht zu beseitigen seien. Sachsen und Hessen zeigten sich, letzteres in Folge französischer Einflüsterungen, wenig geneigt, das preussische Protectorat mit dem Verlust der Selbständigkeit zu erkaufen und aus der Entschiedenheit, mit welcher Napoleon sich dem Anschluß der Hanse-

städte widersekte, war unschwer zu entnehmen, daß eine Verwirklichung der locker hingeworfenen Andeutungen nie von ihm beabsichtigt war. Er hatte aus früheren Vorgängen eine Mißachtung des berliner Cabinets gewonnen, der sich bald noch schneidender kund geben sollte.

Ostreich war, wenn auch ohne Verkürzung kriegerischer Ehre, in mehr als einer Schlacht unterlegen, Rußland beschränkte sich, nicht entmuthigt, aber unlustig zur Wiederaufnahme des Kampfes, auf eine beobachtende Stellung, Italien, Holland und die Schweiz dienten dem mit Spanien verbündeten Frankreich, das den Fürsten des Rheinbundes Gesetze vorschrieb. Das einzige England harrete im kräftigsten Widerstande gegen den Imperator aus, der, einem solchen Feinde gegenüber, zu einer ihm sonst nicht eigenen Nachgiebigkeit bereit war, um Ausgleichung des Haders und damit die Anerkennung seiner Stellung zu erwirken. Zu dem Zwecke lautete seine im Verlaufe der Unterhandlungen abgegebene Erklärung dahin, daß die Rückerstattung Hannovers an Georg III so wenig Schwierigkeiten unterliegen könne, daß dieselbe vielmehr als eine der Grundlagen der erstrebten Übereinkunft zu betrachten sei¹⁾. Von diesem Zugeständnisse wurde der Hof zu Berlin unverweilt von England in Kenntniß gesetzt. Letzteres wollte die Fortsetzung des Krieges mit dem ganzen Aufgebot seiner Kräfte; des Anschlusses von Rußland war es gewiß und daß Preußen unter den bewandten Umständen sich der Theilnahme am Kampfe nicht entziehen werde, konnte keinem Zweifel unterliegen.

Hatte schon der gänzliche Mangel an Berücksichtigung bei der Stiftung des Rheinbundes, dann das arglistige Hintertreiben der norddeutschen Einigung einen hohen Grad der Verstimmung in Berlin hervorgerufen, so tastete das jüngste treulose Verfahren Napoleons die preussische Ehre auf eine Weise an, die mit Nothwendigkeit zum Kriege führen mußte. Es ist oben bemerkt, daß Friedrich Wilhelm III, indem er zur Besitzergreifung Hannovers schritt, nur der ausdrücklichen Forderung Frankreichs entsprach, desselben Frankreichs, das jetzt über die Kurlande mit unerhörter Eigenmacht und als ob sie seiner alleinigen Verfügung zuständen, die Würfel rollen ließ. Das war mehr als König, Volk und Heer zu ertragen vermochten.

Keiner trieb nachdrücklicher zur Waffenentscheidung als Prinz Louis

1) In dem Entwurfe eines Tractats mit England lautet der achte Artikel: „S. M. l'empereur Napoléon reconnait S. M. le roi au royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande comme souverain du Hanover. Cette souveraineté comprend toutes les possessions de Sa dite Majesté Britannique dans le nord de l'Allemagne avant la presente guerre.“ Correspondance de Napoléon I. Tome VIII. Paris.

Ferdinand, ein reichbegabter Herr, aller ritterlichen Künste Meister, verwegen bis zur Tollkühnheit, ein Todfeind des geschmeidigen, jedem entschlossenen Vorgehen abgeneigten Haugwitz. Weil seinem Geiste kein Gebiet genügender Thätigkeit eröffnet war, trieb das heiße Blut ihn leicht zum Durchbrechen der Schranken, die von Sitte und Verhältnissen gezogen waren. In dieser Beziehung diente er Vielen als Vorbild, die dem Fluge seiner Gedanken zu folgen nicht im Stande waren. Er theilte weniger die im Heere vorherrschende thörichte Zuversicht auf Sieg, als daß er des eigenen Muthes gewiß war. Frohlockend und leichtsinnig zogen die jungen Officiere ins Feld, während die älteren, durch den Druck der Jahre gelähmt, meist eine „wurmsfückige Gesellschaft“ bildeten¹⁾. Oberbefehlshaber war der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der fünfzig Jahre zuvor die Laufbahn des Helden begonnen hatte, jetzt hochbetagt und mit dem Umschwunge der Kriegsführung weniger vertraut, als mit den Grundzügen der Strategie aus der Schule Friedrichs II. Die Entscheidung des Feldzuges entsprach den Erwartungen der Siegesgewissen nicht und erfolgte rascher als tieferblickende und deshalb mit Besorgniß erfüllte Männer gefürchtet hatten. Am 10. October 1806 fiel Prinz Louis Ferdinand bei Saalfeld im ritterlichen Kampfe gegen die Übermacht und vier Tage darauf knickte die völlige Niederlage bei Auerstädt-Jena den stolzen Kriegeruhm der Regimenter Friedrichs II. Todwund wurde der Herzog von Braunschweig nach dem Schlosse seiner Väter, von dort, weil der Feind die Sterbestätte nicht gewährte, nach Ottenfen gebracht. Der todesmuthige Widerstand einzelner Führer konnte dem Untergange des zersplitterten preußischen Heeres nicht wehren. Verrath und Feigheit der Befehlshaber in den Festungen, jaghafte Unentschlossenheit der bürgerlichen Beamten reichten einander die Hand, um den Untergang, so schien es, der Monarchie zu beschleunigen. Sofort beim Eintritt ungewöhnlicher Ereigniffe mußte die Haltlosigkeit des bisherigen preußischen Systems offenbar werden. Binnen Jahresfrist war der glänzende Militärstaat geschwunden; an die Stelle der Bewunderung traten Tadel und Demüthigung; es schien nichts geblieben, woran sich Hoffnung hätte knüpfen, Muth aufranken können. Und doch konnte nur diese Zeit der herbsten Prüfung zum Erwachen führen, zur Überzeugung, daß Rettung nicht von außen, sondern in der eignen Kraft zu suchen sei.

Die Verlegung des preußischen Hauptquartiers unter dem General

1) Niederzeichnungen des Generals von Luck. — Memoiren des Generals von Reiche.

von Rüssel von Hannover nach Göttingen (12. September) und von hier nach Heiligenstadt ließ die Bevölkerung der Kurlande an dem vollendeten Bruche zwischen Preußen und Frankreich nicht zweifeln, ohne übrigens zu freudigen oder ängstlichen Erwartungen Veranlassung zu geben. Man hatte die schwere Hand beider zu sehr kennen gelernt, um sich der einen oder anderen Seite mit Wünschen und Gelüben zuzuneigen. Als aber dann die Aufhebung der Blokade von Elbe, Weser und Ems erfolgte (25. September), öffentliche Blätter die Kunde brachten, daß Lord Morpeth sich auf der Reise nach Berlin befinde, um seinen Herrn am Hofe Friedrich Wilhelms III zu vertreten, da stieg mit der Gewißheit der Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zwischen England und Preußen in aller Herzen die Hoffnung auf, daß die Klage über den Verlust des angestammten Fürstenhauses verstummen werde, die Rückkehr der schmerzlich vernünftigen Herrschaft nahe bevorstehe. Diese Ansicht schien indessen die Administrations-Commission nicht zu theilen. Die von einem Theile der Bewohner Hannovers veranstaltete Illumination wurde als „höchst unzeitig“ unter Androhung einer Buße von 50 Thalern verboten, und der Präsident von Ingersleben hielt für angemessen, Landeskinder durch Anwendung von Zwangsmitteln zum Eintritt in das preußische Heer zu bewegen. Es wolle zwar Preußen, besagt seine Veröffentlichung ¹⁾, von dem ihm zustehenden Rechte, die taugliche Mannschaft zum Kriegsdienste auszuheben, keinen Gebrauch machen, wünsche aber dem ehemaligen, jetzt auf Wartegeld stehenden hannoverschen Militär Gelegenheit zu geben, zur Verteidigung der Heimat und des eigenen Herdes gebraucht zu werden, und zwar gegen die Begünstigung, daß dasselbe niemals zum Dienst gegen ihren ehemaligen Landesherrn verwendet werden, dem Lande verbleiben und neben dem bisherigen Wartegelde den preußischen Sold beziehen solle. Ingersleben mochte fühlen, daß diese Aufforderung als solche wenig Anklang finden werde, und fügte ihr deshalb die Drohung bei, daß, wer in der Zeit vom zwanzigsten October bis zum fünfzehnten November sich nicht zur Fahne stelle, des Wartegeldes verlustig gehen solle.

Es ergibt sich aus den obigen Mittheilungen, daß an eine Vollziehung dieser Aufforderung nicht gedacht werden konnte. Unvorhergesehene, folgenschwere Ereignisse reichten sich rasch an einander und ließen die Stimmung in Angst und Freude wechseln. Am 21. October wurde Hannover von der Administrations-Commission und der letzten preußischen Besatzung verlassen, die Landesverwaltung ging noch ein-

1) d. d. Hannover, 7. October 1806.

mal in die Hände des alten Ministeriums über, man glaubte aus einem wüsten Traum zu neuem Leben zu erwachen. Nun traf die Nachricht vom Ausgange der Schlacht bei Jena ein, man hörte gleichzeitig, daß der General Lecocq, welcher das preussische Armeecorps in Westphalen befehligte, sich nach Hameln gezogen habe, daß wenige Tage nach dessen Abgange von Osnabrück diese Stadt von batavischen Dragonern unter General Granjean besetzt sei und dieser der Landesregierung die Erklärung zugesandt habe, daß er im Namen des Königs von Holland das Fürstenthum Osnabrück in Besitz nehme und die vorgefundenen Behörden vorläufig bestätige — ein Auf- und Abfluten trüber und freudiger Rundschaften, die keine Klärung des Blicks für die nächste Zukunft erlaubten.

Lord Morpeth, dessen Sendung zunächst den Zweck hatte, auf dem Grunde der Rückgabe von Hannover mit Preußen in Unterhandlung zu treten, fand den König nicht mehr in Berlin und folgte ihm nach dem Hauptquartier in Thüringen. Ihm wurde, behufs Überbringung ergänzender Verhaltungsbefehle, der Legationssecretär von Hugo aus Hannover nachgesandt. Am 13. October, am Tage vor der Waffenentscheidung, traf derselbe mit dem preussischen Minister von Anger in Halle zusammen, hörte von diesem zu seiner nicht geringen Überraschung, daß Preußen zu keiner Zeit die Absicht gehegt habe, die Kurlande definitiv zu behalten, und erhielt auf seinen Einwurf, daß es dann nicht der Einführung des preussischen Münzfußes, nicht des erzwungenen Militärdienstes und der Wegführung der öffentlichen Casen, und zwar zu einer Zeit, als Preußen bereits mit Frankreich gebrochen, bedurft hätte, den absonderlichen Bescheid, daß die Staatsgelder nur der Sicherheit halber aus Hannover entfernt seien. Von allen Seiten ein Schwanken im Fordern und Zugestehen, im Einräumen und Verleugnen, das freilich bald genug den Folgen nüchterner Thatsachen weichen sollte.

Am Tage nach dem über Preußen erfochtenen Siege erließ Napoleon ein Decret, kraft dessen dem hannoverschen Lande eine Contribution von 9,100,000, der Stadt Goslar von 200,000, Hildesheim von 100,000 Francs auferlegt wurde¹⁾. Es schien nicht wahrscheinlich, daß eine landschaftliche Deputation, welche sich nach Berlin begab, um beim Kaiser eine Verminderung der unerschwinglichen Auflage zu erwirken, ihren Zweck erreichen werde.

In der kürzesten Zeit war das Kurfürstenthum von Franzosen übersflutet und von Hannover aus erließ Mortier (12. November 1806)

1) Correspondance de Napoléon I. Tome XIII.

die Bekanntmachung, daß er im Namen des Kaisers vom Lande Besitz genommen habe, die bestehende Staatsverwaltung vorläufig in Kraft lasse und aus dem Hofrath Patje und den Landrathen von Meding und von Münchhausen eine Executiv-Commission von ihm gebildet sei. Solchergestalt wurde innerhalb weniger Tage die Herrschaft dreimal gewechselt, das kurfürstliche Wappen augenblicklich durch den kaiserlichen Adler verdrängt. Das Volk glaubte nicht an den Bestand der Wandelung; die Ereignisse waren so kraus durch einander gelaufen, Anfang und Ausgang der Neugestaltungen einander so plötzlich gefolgt, daß man auch den neuerdings eingetretenen Zuständen keine Dauer beimessen zu dürfen meinte und um so sicherer auf baldige Wiederkehr der rechtmäßigen Herrschaft rechnete. Daß bis dahin sieben lange Jahre verlebt werden sollten, die im Beugen des Rechts und in Willkür und Schamlosigkeit der Erpressungen einander überboten, ahnete Keiner.

Ohne an Widerstand zu denken, zu dessen Durchführung, abgesehen von einer Mannschaft von 9000 Köpfen, alle Mittel im Überfluß vorhanden waren, trat Lecocq mit dem General Savary in Unterhandlung und schloß eine Capitulation ab, welche die unbedingte Übergabe Hameln zum Gegenstande hatte. Ihm wog der an seinem Könige und der Ehre der untergebenen Regimenter geübte Verrath, die Auslieferung von mehr als hundert Stück grober Geschütze, die meist von Magdeburg dahin gebracht waren, nicht so schwer, als die für sich beim feindlichen General ausbedungene Pension. Diese Feigheit erbitterte die Besatzung, die Bande kriegerischer Zucht lösten sich, der Soldat wandte die Waffe gegen seine Vorgesetzten, warf sich plündernd auf die erbrochenen Magazine und drohte Stadt und Feste in die Luft zu sprengen, so daß Lecocq sich zu dem Ersuchen an Savary gezwungen sah, noch vor Ablauf der vertragsmäßigen Frist sich der Stadt zu bemächtigen. Das geschah am 20. November. Von hier begab sich der französische General nach Nienburg, dessen aus 4200 Mann bestehende Besatzung unter Strachwitz am 25. November das Gewehr streckte. Darnach wurde Hameln von neuem zur Vertheidigung ausgerüstet, während zum Schleifen der Festungswerke von Nienburg 7000 Bauern aus der Umgegend herbeigetrieben wurden.

Den französischen Gwalttherrn konnte die in Stadt und Land vorherrschende Stimmung, mit welcher die Bevölkerung der nächsten Entwicklung der Dinge entgegen sah, die Hast, mit welcher sie sich an jedes Erlösung verheißende Gerücht anklammerte, nicht verborgen bleiben. Da übelgesinnte, so lautete eine Proclamation ¹⁾ des vor-

1) d. d. Hannover, 8. December 1806.

läufig zum Gouverneur bestellten Generalß Schramm, die Sage verbreiten, daß in den Weihnachtstagen Russen das Land besetzen würden, so solle jeder, welcher sich ähnlicher Reden schuldig mache, sogleich verhaftet werden, damit Verbrechen der Art, auf welche Todesstrafe stehe, gesetlich geahndet werden möchten. Daß es dem General nicht um eine leere Drohung zu thun sei, verrieth die Errichtung eines Special-Kriegs-Conseils, dem die Aufgabe gestellt war, nach kurzer Voruntersuchung seinen Spruch über alle politisch verdächtigen Militär- und Civilpersonen zu fällen. Das Amt, mit welchem Schramm einstweilen bekleidet war, ging in der zweiten Hälfte des December auf den General Vasalctette über, als receveur général des contributions du pays d'Hannover traf Grossivéau; als kaiserlicher General-Intendant Belleville im Januar 1807 in Hannover ein und nahm seine Wohnung im Fürstenhofe.

Erst mit dem Anfange des neuen Jahres kehrte die zu Napoleon gesandte landschaftliche Deputation zurück. Sie hatte den Kaiser nicht mehr in Berlin gefunden, erst in Posen ihn eingeholt und hier die gnädigsten Zusicherungen über die bevorstehende Lage des Landes empfangen. Eine eitle Abfertigung, der keine Wahrheit zu Grunde lag. Der Ertrag einer dreifachen Kriegsteuer reichte als Ergänzung nicht aus, um die für feststehende und durchziehende Heeresabtheilungen erforderlichen Kosten zu bestreiten. Im bunten Gemisch sah man die Nationalitäten des Kaiserreichs und seiner Verbündeten in den Landschaften sich ausbreiten. So Spanier unter dem Marques de la Romana, die in zwei großen Abtheilungen eintrafen, verdrossen aber genügsam in Forderungen, und zur Besetzung des baltischen Strandes bestimmt waren ¹⁾, 3000 Baiern unter dem General von Vicenti, Holländer unter dem General Gratien, die aus sechs Regimentern bestehende Reserve-Cavallerie des Großherzogs von Berg, vielfach wechselnde französische Heerschaaren unter dem Oberbefehl des Marschalls Brune, denen das Armee-corps des Herzogs von Auerstädt (Davoust) folgte.

Es werde, meinten damals Viele, dieser Druck nur noch wenige Monate zu ertragen sein; die Armuth greife mit Riesenschritten um sich und neben einigen reich gewordenen Lieferanten werde man bald einer Gemeinde von Bettlern angehören. Es sollte noch ungleich schlimmer kommen und das zu einer Zeit, als die Zahl der einheimischen höheren

1) Die erste Abtheilung, aus den Infanterieregimentern Guadaluza, Catalonien, Zamora und den Reiterregimentern Algarbien und Villaviciosa bestehend, traf in der zweiten Hälfte des Juni, die andere Abtheilung im folgenden Monat in Hannover ein.

Behörden verringert, gebliebene einer verschärften Beaufsichtigung unterstellt, die bisherige Thätigkeit der Provinziallandschaften mit deren Aufhebung gänzlich beseitigt wurde.

Im Groll über die verzögerte Leistung der den Kurlanden auferlegten Contribution hatte Napoleon im Mai 1807 an den geschäftskundigen, vielseitig gebildeten Daru ¹⁾ den Befehl ertheilt, durch Belleville den Provinziallandschaften sagen zu lassen, daß ihr Verfahren nachgerade lächerlich, ja abgeschmackt werde; er verlange, daß die von ihnen zugesagte monatliche Zahlung von 600,000 Francs in der Gesamtsumme von 4,800,000 Francs jetzt ohne Verzug entrichtet werde, und behalte sich außerdem die auferlegte Contribution von 9,100,000 Francs vor. Sechs Wochen später mußte auf sein Geheiß ²⁾ der Herzog von Vassano (Maret) den General-Intendanten von Hannover anhalten, den Ertrag der dortigen Domänen zu veranschlagen, weil von demselben 30 Millionen Francs zur Belohnung verdienender Officiere bestimmt seien; dann erfolgte (22. Juli 1807) sein Auftrag an Werthier, sich nach Hannover zu begeben, eine Commission der Stände zu berufen und von ihr die sofortige Beschaffung der Contribution vom 15. October des vorhergehenden Jahres zu erheischen. Als der Kaiser auch auf diesem Wege sein Verlangen nicht unverzüglich befriedigt sah, gebot er Lasalcette, die Stände aufzuheben, die einflußreichsten Mitglieder derselben verhaften und nach Hameln abführen zu lassen ³⁾.

Dieser unzweideutigen Anweisung gemäß erließ Lasalcette am 20. September eine Proclamation, in welcher es heißt: „Seit langer Zeit widerstanden die Stände der hannoverschen Lande den von französischen Behörden ihnen erteilten Befehlen; oft haben sie sich herausgenommen, über den Grund derselben zu berathschlagen, da sie doch nur aufgefördert waren, die Mittel zu deren Ausführung anzugeben oder zu bestimmen. Nachdem endlich eine lange Erfahrung erwiesen, daß ihr Dasein nicht vereinbar sei mit einer energischen Verwaltung, welche die Sicherheit und das Bedürfniß der Armee in einem eroberten Lande erfordert, so hat der Kaiser sich genöthigt gesehen, die Aufhebung derselben anzubefehlen. Es ist mir aufgegeben, an deren Statt eine administrirende Commission (commission administrative, Commission des Gouvernements) zu ernennen. Im Vertrauen auf die

1) Daru bekleidete schon 1796 das Amt eines commissaire-ordonnateur en chef der Armee.

2) Schreiben d. d. Königsberg, 13. Juli 1807.

3) Schreiben vom 4. September 1807: „de casser sur-le-champ les états, d'en faire arrêter les principaux membres et de les envoyer à Hameln.“ Correspondance de Napoléon I. Tome XV.

Mitglieder der bisherigen Executiv-Commission und daß sie den mir oft bewiesenen Eifer verdoppeln werden, beständige ich dieselben in ihrem Posten, vermehre aber, wegen Vergrößerung ihrer Obliegenheiten, die Zahl bis zu neun Mitgliedern¹⁾ und bekleide sie mit aller der administrativen Macht, welche die Stände der verschiedenen Provinzen in ihnen bisher ausübten.“ Für jede Provinz wurde zugleich ein Subdelegirter ernannt, welcher die von der Commission ihm zugegangenen Befehle ohne weitere Erwägung vollziehen sollte. Als nächstes Ziel wurde die rasche Eintreibung der rückständigen Contribution aufgestellt, welche durch die sträfliche Langsamkeit der Vorgänger entstanden sei.

Es war ein unritterliches Verfahren von Lafalquette, wenn er ein wehrlos niedergeworfenes Volk überdies mit Hohn überschüttete, indem er seine Proclamation mit den Worten schloß, der Hannoveraner werde des Kaisers Vertrauen und Wohlwollen, der die Verwaltung ganz aus der Mitte des Landes genommen, durch treuen Gehorsam zu ehren wissen und vor allen Dingen den Forderungen desselben genügen.

Damit war der erfinderischen Thätigkeit des General-Intendanten Belleville ein weites Gebiet eröffnet. Eine von ihm am 21. October 1807 ausgeschriebene, auf dem Einkommen beruhende, Kriegscontribution, die später auf den Belauf von 13½ Millionen Francs beschränkt wurde, sollte, während die Naturallieferungen für die Armee gleichmäßig fortliefen, innerhalb einer kurzen Frist und unter Androhung der härtesten Maßregeln gegen Säumige beschafft werden²⁾.

Die Commission des Gouvernements und deren Subdelegirte entsprachen in der Anlage und Beschreibung dieser Steuer den von ihnen gehegten Erwartungen so wenig, daß voraussichtlich der Ertrag nur etwa den sechsten Theil der Veranschlagung erreichen konnte. Deshalb glaubte Belleville schärfer und ohne Beirath der gedachten Behörde vorgehen zu müssen, indem er am heiligen Christtage eine gezwungene Anleihe von 10 Millionen Francs ausschrieb und dieser eine willkürliche

1) Es waren Patje, von Meding, von Münchhausen, Graf Hardenberg, von Arnswaldt, Schulte, Kaufmann, von Marschall und Baring. Der Oekonomierath Meyer befehlt die Oberaufsicht der Verpflegung der Armee und bekam deshalb in der Commission eine beratende Stimme.

2) Die Contribution belief sich nach der ersten Veranschlagung auf 16 Millionen, wurde aber, da im Laufe der Zeit die Füllenthilmer Göttingen und Grubenhagen sammt der Grafschaft Hohnstein dem Königreich Westphalen beigelegt waren, um 2½ Million herabgesetzt. Der Ansat der Abgabe stieg in zahlreichen Stufen von 4 Procent (bei einem Einkommen von 300 bis 400 Thaler) bis zu 25 Procent (wenn das Einkommen sich auf 12000 Thaler und darüber belief). Die Zahlung sollte in drei Terminen des Jahres erfolgen, bei einer Säumnis von vierzehn Tagen auf dem Wege der Execution eingetrieben werden.

Schätzung der wohlhabendsten Eigenthümer von Grundstücken und Renten, der Miethsleute und Gewerbetreibenden zu Grunde legte. Er befahl, daß jeder den ihm zugetheilten Betrag in drei Terminen von zwanzig zu zwanzig Tagen entrichten solle, so daß in zwei Monaten die Anleihe erfüllt sei; wer den Beweis führen könne, daß er zu hoch angesetzt sei, dürfe dagegen einkommen, jedoch nicht eher, als bis der erste Drittheil der ihm auferlegten Summe bei der Generalcasse der Commission zu Hannover abgeliefert sei; wer nach Verlauf der ersten zwanzig Tage nicht gezahlt, erhalte eine Execution von mindestens vier Mann und einem Unterofficier und müsse jedem der ersteren einen, dem Letzteren zwei Thaler täglich entrichten; zeige er sich auch dann noch säumig, so werde er aus dem Hause vertrieben und sein Eigenthum verkauft. Mit dem 20. Januar 1808 werde diese Steuer in Kraft treten, von welcher, „wie der Kaiser in seiner großmüthigen Gnade befohlen, um die Hütte des Armen und die Arbeit des Familienvaters zu schonen“, nur solche betroffen würden, die dadurch in ihrer Existenz nicht litten. Schon am zweiten Termin lief, wie vorauszusehen war, die Zahlung so spärlich ein, daß der General-Intendant gebot, überall die Hülfe der Obrigkeit in Anspruch zu nehmen. Wenn er dann auch den eindringlichen Vorstellungen der Gouvernements-Commission so weit nachgab, daß die gezwungene Anleihe mit vier Procent verzinst werden solle, so konnte dieses Zugeständniß der immer lauter werdenden Klage keine Abhülfe gewähren.

Bis dahin hatten die hannoverschen Provinzen dasselbe schwere Verhängniß mit einander getheilt. Die Klage über die Gegenwart, die Sehnsucht nach Wiederkehr geordneter Zustände unter der milden Herrschaft des angestammten Fürstenhauses war eine gemeinschaftliche; dem Austausch von Hoffnungen und Befürchtungen, die alle betrafen, wehrte der Drang des Tages nicht, das Leid war Gemeingut und das Ertragen eines mühereichen Daseins dadurch erleichtert, daß man nahe und ferne Nachbarschaft gleichmäßig unter demselben gebeugt sah. Um so härter war die Prüfung, als plötzlich ein Wort des Gebietenden die Landschaften auseinander riß, die seit Jahrhunderten geknüpften Bande löste, die Glieder eines Stammes unter gesonderte Notmäßigkeiten theilte, nach Rechten, Einrichtungen und Verpflichtungen eine Scheidewand aufführte. Es war das Spiel der Willkür und des Dünkels, das keine Scheu vor göttlichen und menschlichen Sagen kennt, der Klugheit, welche sich selbst anbetet, um hinterdrein sich selbst zu richten.

Durch ein Decret Napoleons vom 18. August 1807 war das Königreich Westphalen ins Leben gerufen und diesem die Fürstenthümer Böttingen, Grubenhagen und Danabrück, die Grafschaft Hohnstein

und die Stadt Goslar beigelegt. Die Provinzen tauschten ihre Namen gegen die Benennung von Departements, heimisches Recht wurde durch in fremder Sprache abgefaßte Gesetze verdrängt, alle Zweige der Verwaltung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen, eine neue Constitution auf den Trümmern der alten Verfassung gegründet und Landesfinder mußten für die Herrschaft dessen, dem ihr Todeshaß galt, ihr Blut vergießen. Auf den Thron des neuen Reichs hatte Napoleon seinen Bruder Hieronymus gesetzt, dessen bescheidene Fügsamkeit ihm zusagte. Der junge König war geistig und körperlich längst gebrochen, keines festen Entschlusses fähig, ausschweifend, von Günstlingen beeinflusst, ein willenloser Vasall des kaiserlichen Bruders, der seine nicht abreißen den Geldforderungen schließlich auf sieben Millionen Francs beschränkte, die zu Dotationen für das französische Heer verwendet wurden.

Die treffendsten Schilderungen der Zustände und geistigen Richtungen im Königreich Westphalen giebt der hochgebildete, scharfblickende Reinhard, der als französischer Minister-Resident am Hofe zu Kassel weilte. Es halte dem Volke, welches undankbar genug sei, die gegebene Verfassung ohne Jubel entgegen zu nehmen, schwer, so lautet sein Bericht aus dem Anfange des Jahres 1809 ¹⁾, sich mit dem französischen Wesen zu befreunden; ein vorwaltendes Mißtrauen bewirke, daß man sich nur gezwungen den Neuerungen füge, und, erlittenen Verlusten gegenüber, an die Verheißungen der Zukunft nicht glaube. Die daraus erwachsende Sonderung aller Elemente spiegele sich schon darin ab, daß der Hof französisch sei, während die Verwaltung im Allgemeinen den deutschen Charakter trage. Es widerstreben, fährt er fort, die Nationalitäten der Verschmelzung, die verschiedenen Beamten verhehlen ihre Abneigung gegen einander nicht, und Deutsche arbeiten den Zielen der Franzosen so entschieden entgegen, daß auch zweckmäßigen Schöpfungen die Anerkennung nicht zu Theil wird. Die Hauptfrage, so schließt der Bericht, wird immer darauf zurückgeführt werden müssen, ob Westphalen ein deutscher oder westphälischer Staat werden soll.

Eben diese Frage fand nie eine Entscheidung. Westphalen blieb ein Zwitterstaat, ein Anhängsel des Kaiserreichs, in welchem das deutsche Element nach jeder scheinbaren Entwurzelung in hundert neuen Schößlingen wieder aufsproßte.

Dem prachtliebenden, nur mit Widerstreben auf Geschäfte eingehenden und von einem Schwarm von Günstlingen, hinsichtlich deren

1) Mémoires et correspondance du roi Jérôme. Tome III. Paris 1862.

er nicht gerade wählerisch war, umgebenen Könige stand in Katharina von Württemberg eine edle, von der Corruption des Hofes nicht angehauchte Gemahlin zur Seite. Sie fühlte ihr Haupt von der Krone beschwert, zog den prunkvollen Festlichkeiten des Hofes ein abgeschlossenes Stillsitzen vor und war vermöge ihrer weiblichen Schüchternheit nicht geschaffen, um auf den Gemahl nachhaltigen Einfluß auszuüben. Mit eiserner Hand drückte der Kaiser auf den Bruder, der unförmlich genug war, sich von ihm in allen Angelegenheiten Befehle zu erbitten. Dann geschah wohl, daß, wenn französische Generale in seinem Reiche mit einer höhnnenden Eigenmacht schalteten, Unmuth in ihm aufstieg, daß er nicht Herr im eigenen Hause, und der Wunsch sich in ihm regte, die Krone niederzulegen. Was ihn davon zurückhielt, war einmal Furcht vor dem Kaiser, sodann Mangel an Muth, der süßen Gewohnheit der Scheinregierung zu entsagen.

In keinem Staate des Rheinbundes war der Widerwille gegen die aufgedrungene Herrschaft ein so gesteigerter wie in Westphalen. So wenig auch sonst die ehemaligen preussischen, hannoverschen, hessischen und braunschweigischen Unterthanen, die jetzt der Hoheit von Hieronymus untergeben waren, in ihren Richtungen und Wünschen mit einander übereinstimmen mochten, der Haß gegen das französische Wesen und den zügellosen Hof zu Kassel war bei allen derselbe. Daran gründeten muthige deutsche Männer ihren Plan, als (1809) Oestreich noch einmal gegen die Macht Napoleons in die Schranken trat, in Westphalen, dem Herzen Deutschlands, die Fahne des Aufstandes zu erheben und dadurch das französische Heer im Rücken zu bedrohen. Man maß die Zustände mehr nach der eigenen Treue und Opferbereitschaft als nach der Wirklichkeit ab, wenn man mit Sicherheit auf den Anschluß verwandter Stämme, auf die Schilderhebung von ganz Deutschland rechnete. Verrath lähmte das Unternehmen des Obristen von Dörnberg, der sich mit Mühe der Verfolgung entzog, um später im offenen Kampfe das ganze Maß seines Zorns die Feinde seines Vaterlandes fühlen zu lassen. Der preussische Major von Schill — er hatte wider Wissen und Willen seines Königs zum Schwert gegriffen — durchstreifte mit einer Keckheit, die seiner kleinen Schaar manchen muthigen Mann zuführte, die östlichen und nördlichen Provinzen Westphalens, warf die gegen ihn ausgesandten Corps, oder täuschte sie durch List und Schnelligkeit der Bewegung. Ein in Kassel erlassenes Decret erklärte ihn für vogelfrei, nannte ihn Brigand und setzte auf seine Gefangennahme einen Preis von 10,000 Francs. Vor den Schlichen der Gegner rettete ihn Kühnheit, aber die Erhebung des Volks erwirkte er nicht. Die kleine Zahl der Männer, welche ihm in den Tod folgte, konnte bei den

durch das scharfe Regiment der Polizei eingeschüchterten Unterthanen das Vertrauen auf Erfolg nicht wecken. Die Zeit der Rache war noch nicht gereift; es sollten Wille und Muth der langsamen Klärung nicht entzogen werden, damit, wenn Gottes Zeichen sichtbar würden, die Herzen aller gleichzeitig im Verlangen nach Wiedereroberung von Freiheit und Recht entflamnten.

So wenig die Lage der Provinzen, welche der westphälischen Krone einverleibt waren, als eine beneidenswerthe erscheinen mochte, so stellte sich doch ein Vergleich mit den Landschaften, welche nach wie vor der Verwaltung eines französischen General-Intendanten untergeben blieben, als überaus günstig heraus. Jene gehörten einem festen Staatsverbande an, dessen höhere und niedere Behörden mit geringen Ausnahmen aus Deutschen bestanden, welche Hoffnungen und Befürchtungen der Unterthanen theilten, manche herbe Verordnung unter der Hand abschwächten und am wenigsten der hohen Polizei die begehrte Unterstützung leisteten. Das Gesetz behauptete seine Kraft und die Verwaltung, so drückend sie sein mochte, verfolgte einen vorgezeichneten und im voraus zu übersehenden Weg. In den nördlichen Provinzen dagegen galt der durch nichts gebundene Wille des Kaisers und das dictatorische Walten seiner Beamten. Wenn die Regierung in Cassel die Unterthanen durch versöhnliche Maßregeln für die neue Herrschaft zu gewinnen suchte, so fehlten dem kaiserlichen General-Gouverneur und General-Intendanten in Hannover für ein solches Verfahren Neigung und Beruf; es kam ihnen nur auf Vollziehung der an sie erlassenen Befehle an. Ihr Verfahren glich dem eines Mannes, der das für kurze Zeit übernommene Pachtgut auf eine Weise auszubeuten bemüht ist, die dem Nachfolger einen jeder Thatkraft beraubten Boden hinterläßt. Hier konnte von keinen Verpflichtungen der Gebietenden die Rede sein, nur von Berechtigungen, welche auf Waffenmacht beruhten. Das Volk war rechtlos; Freiheit und Eigenthum hingen vom Ermessen dessen ab, der seinen Willen an die Stelle gesetzlicher Ordnung gesetzt hatte. Solche Zustände lasten auf dem Menschen am schwersten; gewöhnlich führen sie entweder einer auf Resignation beruhenden knechtischen Unterwürfigkeit entgegen, oder sie erzeugen eine Verwilderung, die im Verlangen nach Rache jede sittliche Regung ersticht.

Hier war keins von beiden der Fall. Die sächsische Zähigkeit wurde nicht gebrochen und im ruhigen Abwarten härtete sich der Muth für die Stunde der Entscheidung. Es war das althannoversche Wesen, das keine Fremdherrschaft entwurzeln konnte, so breit sie sich auch darüber gelagert hatte. Man wird die Gründe dieser Erscheinung am schlagendsten aus den Worten eines preussischen Staatsdieners entneh-

men, der im Jahre 1808 das Land in seiner größten Ausdehnung von Osten nach Westen durchreiste. „Im Hannoverschen,“ sagt Niebuhr ¹⁾, „ist weniger Elend als in der Mark. Ich kann dies nur durch die bessere ständische Verwaltung in der Kriegsnoth erklären; in solchen Zeiten erprobt sich die treue und die Miethlingsadministration. Gewiß scheint es, daß im Hannoverschen, nicht durch Verdienst der Regierung, sondern bloß durch ihr Nichtwirken, während die Landschaften sich selbst mit gesundem Verstande und nur im Nothwendigsten administrierten, die Ressourcen des Landes wenig angestrengt waren. Als nun die Noth kam und Männer, deren jeder seine Landschaft kannte, an die Spitze traten, da mußte mehr geleistet werden können als in Preußen, wo die Stände ausgeartet und Geschäfte und Landeskenntniß nur bei besoldeten Beamten waren.“

Im Februar 1808 begaben sich Graf Hardenberg und der Kammerath von Schulte, Mitglieder der Commission des Gouvernements, nach Kassel, um eine Milderung der gezwungenen Anleihe bei Daru zu erbitten. Dort fanden sie den Gesuchten nicht mehr, folgten ihm nach Berlin, erreichten aber kein Gehör für ihre Vorstellungen, selbst ein Hinausrücken der für die Zahlung festgesetzten Termine konnte nicht erwirkt werden. In der Mitte des Jahres wurde der Rest der gezwungenen Anleihe nach einer neuerdings angefertigten Liste auf Personen vertheilt, die wegen ihres geringen Vermögens bis dahin nicht herangezogen waren; aber auch hinsichtlich ihrer belief sich der geringste Beitrag auf 200 Francs und mußte innerhalb vierzehn Tagen berichtigt werden. Die Verpflegung des französischen Heeres machte es nothwendig, die im April 1807 ausgeschriebene außerordentliche Kriegsteuer nach einander auf sechs Monate zu verlängern. Die Naturallieferungen fanden keine Unterbrechung und wenn schon im Anfange des vorhergehenden Jahres zahlreiche Remonte-Pferde hatten geliefert werden müssen, so wurden deren jetzt wiederum 1700 begehrt. Es fehlte so wenig an blutigen Händen der Landleute mit französischen Soldaten, daß die Gouvernements-Commission das Anzeichen der Sturmglöcke bei ausgebrochenen Raufereien unter Androhung scharfer Ahndung verbieten mußte. Die Stimmung im Lande war eine zu gereizte, als daß sie den General-Gouverneur nicht zu Vorsichtsmaßregeln hätte aufordern sollen. Mit der Schleifung von Nienburg war schon früher begonnen, während es den Anschein hatte, daß Hameln als Festung erhalten werden solle. Ein Schreiben des Kaisers bestimmte es anders; er gebot, daß man spätestens am 20. Januar mit dem Demoliren Ha-

1) Nachgelassene Schriften.

melns beginne und dabei kein Pulver spare ¹⁾). Von Lafascette, der in Montbrillant residirte, während General Milhaud das Schloß zu Herrenhausen bezogen hatte, wurden die genauesten Vorschriften für die Feier des kaiserlichen Geburtstages erlassen. Die Verwaltung der Domänen befand sich in den Händen von Voiteur, der unlange darauf durch d'Aubignose ersetzt werden sollte.

Daß im Anfange des Januar 1809 das landschaftliche Gebäude zu Hannover, in welchem die Commission des Gouvernements ihre Sitzungen hielt, von der Flamme verzehrt wurde, galt bald als Unheil verkündende, bald als verheißungsreiche Vorbedeutung. In Schills Husaren, die in Lüneburg das hannoversche Wappen wieder aufrichteten, unter Lieutenant von Goltz in Gifhorn einritten und, vom General Gratien mit zwei holländischen Regimentern verfolgt, mit Sturmesschnelle kamen und schwanden, glaubte man abermals das Vorzeichen einer neuen Zeit zu erkennen. Die an alle Behörden gerichtete Aufforderung von Lafascette, der „Räuberbande“ von Schill Gehalt zu thun, mit dem Zusage, daß eine Stadt, welche sich diesen Herumstreichern nicht widersetze, ihre Ehre preisgebe, machte so wenig Eindruck wie die Drohung, daß Beamte, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit das Ergreifen nachdrücklicher Maßregeln verabsäumten, kriegsrechtlich verurtheilt werden sollten.

Mächtiger und bleibender war die Aufregung, als ein welfischer Fürst, der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig, Sohn von Karl Wilhelm Ferdinand, plötzlich in Hannover erschien. Von dem todwunden Vater zum Nachfolger in der Regierung berufen, hatte er sich an dem letzten männlichen Kampfe der Preußen unter Blücher betheiligt und nach der Capitulation von Lübeck sich nach Ottenfen begeben, um dem Vater noch einmal ins Auge zu sehen. Er fand nur noch die Leiche dessen, dem der Tag bei Jena die als Jüngling erstrittenen Vorbeeren genommen hatte. Des väterlichen Erbes durch den Nachspruch Napoleons beraubt, wünschte er wenigstens mit seinen Braunschweigern die Noth der Zeit zu theilen. Auch das war ihm nicht vergönnt. Die Gegenwart des Fürsten in Braunschweig, erklärte der Kaiser, sei augenblicklich nicht rathsam, möge aber nach Verlauf von einem oder zwei Jahren gestattet werden ²⁾). Da schloß sich Friedrich Wilhelm beim Ausbruche des Kampfes mit Frankreich den Waffen Österreichs an. Als freier Fürst des Reichs wollte er sich dem letzten Waffengange nicht entziehen, warb die schwarze Märscherschaar, stritt, aus

1) „Il faut qu'il ne reste rien dans cette place, dont on puisse tirer parti, ou qui puisse servir à la retablir.“ Schreiben Napoleons vom 14. Januar 1808.

2) Correspondance de Napoléon I. Tome XVI.

Böhmen hervorbrechend, nicht ohne Erfolg mit Franzosen, Sachsen und Westphalen, beschloß dann, als Osterreich zu einem Frieden gezwungen war, in welchen Napoleon ihn nicht eingeschlossen zu wissen verlangte, sich nach dem Norden Deutschlands durchzuschlagen; die Küste zu gewinnen und für sich und seine Getreuen eine Freistätte in England zu suchen. So stürmte er vom Erzgebirge vor, brach sich eine Gasse durch die Lande, gelangte, auf den Tod gehezt und nie entmuthigt, unter steten Kämpfen nach der Stadt seiner Väter und trug bei Elper (1. August 1800) einen vollständigen Sieg über die vielfach größere Streitmacht des Generals Neubel davon. Am zweiten Tage darauf zog er an der Spitze von 2000 Mann in Hannover ein, von wo Lasalle, Belleville, der Domänen-Director d'Aubignose und der Payeur Morel am Abend zuvor geflüchtet waren, belegte die Militärcasse mit Beschlagnahme, bemächtigte sich der Waffenmagazine und ließ deren Inhalt theils verkaufen, theils verschenken. Während die Schwarzen, unter ihnen viele Verwundete, in einer Erschöpfung, die den Hunger vergessen ließ, auf Sammelplätzen ruhten, sah man den Herzog im freundlichen Verkehr mit Bürgern und Behörden. Die gewünschte Erholung gestattete der mit 6500 Mann nahende General Gratien nicht. Der Ausbruch folgte so rasch wie das Kommen. Den Feind täuschend erreichte der Herzog die untere Weser. In Elsfleth und Brate erfolgte die Einschiffung.

Bis dahin hatte Napoleon, während er Länder und Völker nach seinem Belieben auseinander riß und zusammenwarf, durch einen Nachspruch Reiche zertrümmerte und neue Kronen austheilte, über die Verwendung der nördlichen Theile des Kurstaats zu einem staatlichen Ganzen keine Bestimmung getroffen und es schien fast, als ob er in ihnen nur eine unbequem gelegene Domäne erkenne, die rasch und bis zur Entwerthung ausgefogen werden müsse. Erst mit dem Anfange des Jahres 1810 sollte die Ungewißheit über das künftige Loos dieser Landschaften schwinden. In Gemäßheit der zu Paris (14. Januar) geschlossenen Tractate trat der Kaiser jene Provinzen, die bis dahin unter französischer Verwaltung gestanden, mit alleiniger Ausnahme des Herzogthums Lauenburg, dem Königreich Westphalen ab. Der im Schlosse zu Hannover durch Reinhard im Namen des Kaisers vollzogenen Übergabe (1. März) folgte die von sechzig Deputirten der Landschaften geleitete Huldbigung in Kassel. Die bisherigen Namen der Provinzen verloren sich in Departements, die Commission des Gouvernements wurde aufgelöst, auf dem Markte der Altstadt Hannover nahm Hieronymus den Treuschwur der Bürgerschaft entgegen und an die Stelle altherkömmlicher Einrichtungen und der Edicte eines General-Gouverneurs

trat die westphälische Verfassung. Der Wandel war kein unerfreulicher. Nicht nur daß getrennte Landestheile sich wieder zusammenfanden, es minderte sich auch der Druck, und der Vortheil einer staatlichen Ordnung machte sich um so mehr geltend, als fast durchweg die vorgefundenen Beamten in Thätigkeit blieben. Um so bitterer brach der Schmerz durch, als, bevor noch alle Zweige der Verwaltung der neuen Organisation unterzogen waren, ein Decret Napoleons (13. December 1810) die bremische und verdensche Landschaft, Lauenburg, das Fürstenthum Osnabrück, die Grafschaften Hoya und Diepholz und den nördlichen Theil des Fürstenthums Lüneburg dem Kaiserreiche einverleibte und solchergestalt nochmals die Glieder eines Stammes auseinander riß.

Damit begann die schwerste aber auch die letzte Prüfung, welche dem unglücklichen Volke auferlegt war. Die scharf gegliederte französische Verwaltung umfaßte, ohne daß bestehenden Zuständen und Rechten eine Berücksichtigung zu Theil geworden wäre, alle Landestheile. Franzosen traten an die Spitze der höchsten Behörden, fremdartige Gerichte sprachen nach unverständlichen Gesetzen, mit unerbittlicher Schärfe wurde die junge Mannschaft unter die kaiserliche Fahne getrieben und indem alle Vorkehrungen getroffen wurden, um eine ausländische Sprache zur öffentlichen Geltung zu bringen, legte man die Axt an die Wurzel des nationalen Lebens. Eine feile oder gefesselte Presse überbot sich im Lobe des Unerträglichen und begleitete jedes abziehende Regiment mit dem Nachrufe liebenswürdiger Bescheidenheit. Die mit der äußersten Strenge durchgeführte Grenzsperrre legte Handel und Gewerbe darnieder und in den kaiserlichen wie in den westphälischen Departements belauschte eine geheime Polizei Wort und Gesinnung und warb in allen Ständen und Genossen. Im Castel zu Kassel und in französischen Festungen mehrte sich die Zahl derer, die plötzlich dem Kreise der Ihrigen entrisen waren, weil sie in einer unbewachten Stunde der Treue ihres Herzens Worte geliehen hatten. Den Schwachen schüchternen die Schergen der Präfecturen ein; wer nicht Lebensmuth und gesunde Standhaftigkeit in sich wahrte, verfiel einem faulen Siechthum. Aber der Kern des Volkes blieb ungebrochen und wandte sich selbst da von der französischen Neugestaltung ab, wo sie zweckmäßig erscheinen mochte. Man glaubte an keinen Segen und keine Gunst, die der Gewaltherr bringen könne.

Der Eroberer ist allezeit ärmer an Baugeist, als an Kraft im Zerstören; er kann nicht geben, nur nehmen und daher schläfert er nicht ein, sondern rüttelt auf. Wo alle Grundlagen der bisherigen socialen Ordnung wanken, wird der Mensch auf Gott und eigene Kraft verwiesen und ihn hebt die Überzeugung, daß eine Gewalt, die nur auf

Zertrümmerung der Rechte von Volk und Regierung ausgeht, keinen Bestand haben kann. In allen Landestheilen Hannovers gestaltete sich ein enger, stiller Anschluß der Gleichgesinnten, eine unsichtbare Verbrüderung derer, welche denselben Grundsätzen huldigten. Der Deutsche, klagte Hieronymus 1811 seinem kaiserlichen Bruder, zeige nicht mehr die gelehrige Untwürfigkeit von früher; es stehe zu befürchten, daß wachsende Noth eine ihm sonst nicht gegebene Energie wecke. Im Anfange des folgenden Jahres sprach Reinhard in seinem Berichte an den Herzog von Bassano unverhohlen die Ansicht aus, daß das allgemeine Unbehagen eine Mißzufriedenheit erzeugt habe, welche dem Verlangen nach Umgestaltung der bestehenden Ordnung Vorschub leiste. Aber es waren doch nur wenige hohe Staatsdiener, welche mit dem französischen Minister-Residenten an den im Volke umgehenden Geist glaubten.

Die Liebe zu König Georg, die Hoffnung auf Rückkehr der rechtmäßigen Regierung konnte durch den Druck einer zehnjährigen Fremdherrschaft nicht erstickt, durch keinen abgedrungenen Eid geschwächt werden. Es liegt eine geheimnißvolle Macht in dieser Treue, eine Macht, die sich der Berechnung im voraus entzieht, aber schließlich so gewiß die Entscheidung abgibt, als sie aus der lauterer Richtung des Menschen erwachsen ist. Als die Stunde der Erlösung schlug und der, „vor dem die Welt schweigt, weil Gott die Welt in seine Hände gegeben hat“¹⁾, seine Macht in Spanien zerschellt, seine Heere auf den Schlachtfeldern Rußlands begraben sah und in seiner herzlosen Weise dem Bruder meldete, daß es um die westphälische Armee geschehen sei²⁾, da griff in den Landschaften Hannovers Jung und Alt zur Wehr und half die Freiheit Deutschlands erringen. So inbrünstig hatte seit vielen Jahren keine Gemeinde das „Nun danket alle Gott“ angestimmt, als da ein Sohn Georgs das vom fremden Joche entlastete Land betrat, Glocken die Freiheit einläuteten und Augen und Herzen im Danke gegen Gott übergingen.

1) Worte von Joh. von Müller beim Schluß der reichsständischen Versammlung in Kassel (August 1808).

2) „Il n'existe plus rien de l'armée westphalienne à la grande armée.“ Schreiben vom 18. December 1812.



In demselben Verlage ist früher erschienen:

- (Stübe), Dr. J. C. W., über die gegenwärtige Lage des Königreichs Hannover.
gr. 8. 1831. 10 Sgr.
- (—) Vertheidigung des Staatsgrundgesetzes für das Königreich Hannover.
Herausgegeben von Dahlmann. (22 Bogen.) gr. 8. 1838. 1 Thlr.
- Actenmäßige Darlegung der Ergebnisse des wider den Magistrat der
Haupt- und Residenzstadt Hannover eingeleiteten Untersuchungs-Verfahrens.
(24 Bogen.) gr. 8. 1840. 25 Sgr.
- (—) über Reformen in Verfassung und Verwaltung Hamburgs mit Bezug
auf den Commissionsbericht an die Unterzeichner der Petition vom 8. Juni
1842. (2½ Bogen) gr. 8. 1844. 7½ Sgr
- zwei Entwürfe zu einer neuen Stadtverfassung für Osnabrück (nebst Be-
gründung des von der Stadt ausgegangenen). (20½ B.) gr. 8. 1844. 1 Thlr.
- (—) Deutschlands Bedürfnisse. Sendschreiben an einen Frankfurter Reichs-
tagsdeputirten. I. (3 Bogen.) gr. 8. 1850. 10 Sgr.
- Wesen und Verfassung der Landgemeinden und des ländlichen Grund-
besitzes in Niedersachsen und Westphalen. Geschichtliche und statistische Un-
tersuchungen mit unmittelbarer Beziehung auf das Königreich Hannover.
(21 Bogen.) gr. 8. 1851. 1 Thlr.
- Geschichte des Hochstifts Osnabrück bis zum Jahre 1508. (30 Bogen.)
gr. 8. 1853. 2 Thlr. 10 Sgr.
- (—) Denkschrift zur Beurtheilung der Veränderungen, welche in den Ver-
hältnissen Hannovers durch die Vereinigung mit Preußen hervorgebracht wer-
den. (2 Bogen). gr. 8. 1866. 6 Sgr.
-





